

Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werftätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 159.

Dienstag, den 10. Juli 1917.

24. Jahrg.

Amnestien.

In allen Ländern wurde mit dem Ausbruch des Krieges der „Burgfrieden“, wie es bei uns heißt, die „heilige Einigkeit“, wie man in Frankreich sagt, gepredigt. Dieser Burgfrieden blieb ein frommer Wunsch. Die Gegenstände ruhten nicht während des Krieges, sie kamen oft zu besonders scharfen Ausdrücken, sie steigerten sich selbst bis zur offenen Revolution, so in Rußland und Irland. Es ergab sich so mancher heftige Zusammenstoß zwischen der Staatsgewalt, deren Machtvollkommenheit während des Krieges auf das Höchste gesteigert wurde, und zwischen den von der Regierungspolitik abweichenden Volksteilen. Kein kriegsführender Staat ist von derartigen Erschütterungen freigeblieben.

Die Regierungen, von der des Zaren bis zu der der französischen Republik, forderten im Geiste des Burgfriedens Bereitwilligkeit zu jeder Leistung für den Staat, Hingabe, Opferfreudigkeit und das Durchhalten, koste es, was es wolle. Die Staatsgewalt, die von den Staatsbürgern die höchste Hingabe forderte, ließ es — vom Zarenreiche bis zur französischen Republik — nicht an den Mitteln des Zwanges, der Aufhebung der politischen Rechte, der sonstigen Beschränkung und Beengung, der einseitigen Pflichten, der Zensur fehlen. Mit den härtesten Strafen und mit den äußersten Zwangsmitteln suchten die Regierungen den einheitlichen Staatswillen durchzusetzen und die Völker zur — Zufriedenheit zu führen.

Zuletzt kam man aber doch zu der Ueberzeugung, daß man auf Bajonette sich stützen, aber sich doch nicht darauf legen kann. Die Notwendigkeit eines Ausgleichs ergab sich überall, insbesondere nachdem die explosive Wirkung der geschilderten Gegensätze dort, wo sie am stärksten war, in Rußland ein Menetekel allen Mächtigen zurief.

Der unserer Meinung nach zum Schaden Deutschlands außerordentlich unterschätzte englische Premierminister Lloyd George zog die Konsequenzen zuerst und am gründlichsten, obgleich sie für ihn besonders schwierig waren. Die Amnestierung der Sinn-Feiner war einer der bemerkenswertesten Akte der inneren Politik Großbritanniens während des ganzen Krieges. Die Sinn-Feiner hatten die Republik ausgerufen, die Unabhängigkeit, also die Loslösung Irlands von England proklamiert. In Straßenkämpfen, Zerstörungen von Staatsgebäuden und Privatgebäuden, mit Brandlegungen und Gewalttaten, mit Straßenkämpfen, bei denen sie Sprengstoffe verwendeten, suchten sie ihr politisches Programm durchzusetzen. Es gab eine sehr blutige, mit Gewalt niedergeschlagene Revolution. In Großbritannien wird sogar behauptet, daß die irischen Revolutionäre mit dem England feindlichen Auslande konspiriert und mancherlei Unterstützung von ihm erhalten hätten.

Da man in englischen Regierungskreisen nicht so wie in den preussischen die Erörterungen und Erledigungen aller Volksforderungen in die Zeit des Friedens verlegen will, sondern der Stimmung des Volkes während des Krieges Rechnung zu tragen sucht, so hat man trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den Versuch wieder unternommen, die irische Frage zu lösen und die Irländer zufrieden zu stellen. Man entschied sich in London dahin, daß man nicht bloß von den Untertanen Opfer für den Burgfrieden verlangte, die Regierung brachte selbst Opfer. Man verpflichtete durch den Burgfrieden nicht einseitig die Bürger, auch die Regierung empfand sich durch den Burgfrieden verpflichtet. Deshalb entschloß sich Lloyd George, in Irland gut zu machen, was sich noch gut machen ließ. So manches Todesurteil war freilich ausgeführt worden auf Grund sehr schneller Justiz, nicht wenig völlig Unschuldige waren dem weißen Schrecken zum Opfer gefallen. Lloyd George kennt die Irländer gut genug, um zu wissen, daß die Sinn-Feiner auch nach der Amnestie nicht seine Freunde sein werden und daß sie, unbestochen durch die Amnestie, den zähen Kampf gegen England und für die selbständige irische Republik nicht aufgeben werden, sondern mit Einsatz ihres Lebens den politischen Kampf fortführen werden. Nicht als ein durchsichtiges politisches Geschäft, sondern als eine staatsmännliche Notwendigkeit wollte Lloyd George die Amnestie der irischen Revolutionäre beurteilt sehen. Sie sollte auf die öffentliche Meinung mehr wirken als auf die Begnadeten. Die Amnestie geschah großzügig ohne jede Ausnahme, ohne jede Ueberprüfung der Tat wie des Urteils. Man kommt fast zum Verdachte, daß Lloyd George nicht nur auf die öffentliche Meinung in Großbritannien und Irland, wie auf die in den englischen Kolonien und in den Vereinigten Staaten, sondern auch bei den Völkern, mit denen Großbritannien im Kriege steht, mit seiner inneren Politik, so mit der Wahlreform, mit der Einführung des Frauenstimmrechtes, und auch mit dem Amnestie der Irländer Wirkungen zu erzielen sucht.

Auch unter diesem Gesichtspunkte erscheint die große politische Amnestie bedeutungsvoll, die der österreichische Kaiser erlassen hat. Sie ist nicht so ausnahmslos wie die irische Amnestie, aber sie schafft die Möglichkeit der Ergänzung fast bis zur Ausnahmslosigkeit. Sie sucht, wie die irische Amnestie, burgfriedlich zu wirken. Voraussetzungen zu schaffen für eine Wiederherstellung des

österreichischen Nationalitäten und für verbesserte Verhandlungsgrundlagen in den beiden Häusern des österreichischen Parlaments. Diese wurden beherrscht durch die Urteile der eigenartigen Gerichte, die sich die obersten österreichischen Militär- und Zivilbehörden für die Kriegszeit geschaffen hatten. In einer unzweifelhaft verfassungswidrigen Auslegung des § 14 der österreichischen Verfassung der Regierung eingeräumten Notverordnungsrechtes wurden die Geschworenengerichte aufgehoben und für zahlreiche Delikte statt der ordentlichen Gerichte Landwehrgerichte eingeführt. Wie man aus den Interpellationen und den Debatten des österreichischen Abgeordnetenhauses, ja sogar des Herrenhauses, erlah, sind überaus zahlreiche, sehr harte und vielfach dem Volksempfinden widersprechende Urteile gefällt worden. Keine parlamentarische Partei wagte diese Justiz- und Rechtsgrundlagen zu verteidigen. Das österreichische Parlament hat die Unwirksamkeit dieser Notverordnungen festgestellt, durch die die Geschworenengerichte aufgehoben und die Landwehrgerichte eingeführt wurden. Damit hören aber diese Verfügungen auf, zu Recht zu bestehen. Die Landwehrgerichte können dann nicht mehr weiter bestehen und die Geschworenengerichte treten sofort

wieder in Kraft. Rechtsgrundlagen sind damit bloß für die Zukunft geschaffen. Die Rechtsgültigkeit aller Urteile, die gefällt wurden, von denen freilich die Todesurteile nicht mehr gutzumachen sind, bleibt für den Juristen zweifelhaft. Das Volk wird die Rechtsgültigkeit aller Urteile betonen. Aus diesen Schwierigkeiten hat man mit der Amnestie des Kaisers Karl den Ausweg gesucht.

Man muß aber feststellen, daß diese Amnestie sonst durchaus bedingungslos erlassen ist und in keiner Weise im Vergleich zu stellen ist mit den in Deutschland während des Krieges erlassenen Amnestien, die zum Teil bloß vor dem Kriege erlassene Urteile bestrafen und oft unter militärischen Gesichtspunkten erlassen sind.

Jedenfalls kann man annehmen, daß durch die Amnestien in Großbritannien und in Österreich für die Verbesserung der Stimmung einiges geschehen ist. Die harten und auf die Bevölkerung tief einwirkenden Urteile sind aufgehoben worden. Manche Ursache schwerer Verbitterung ist aus dem Wege geräumt. Es gibt auch derartige Urteile in Deutschland, vor allem in Preußen. Man sollte überlegen, ob das, was in Großbritannien und in Österreich recht ist, nicht auch bei uns zu Lande billig wäre.

Die innerpolitische Krise

ist noch nicht geklärt. Man tappt noch völlig im Dunklen. Der Hauptausbruch des Reichstages versammelte sich gestern wieder um 9 Uhr; der Reichskanzler war nebst Wahnschaffe erschienen. Nach dem „Berl. Tagebl.“ war der national-liberale Abgeordnete Stresemann der erste Redner. Er beklagte den Bruch der Vertraulichkeit der Besprechungen durch die Presse und verbreitete sich dann über die äußere und innere Lage. Mit Lebhaftigkeit betonte er, daß die sogenannten sechs Verbände niemals erklärt hätten, daß sie den Krieg so lange fortsetzen wollten, bis die ihnen aufgestellten Kriegsziele erreicht seien. Nach Stresemann hielt der Reichskanzler eine dreiviertelstündige Rede, in der er seine bisherige Politik verteidigte. Eine Klärung der verwickelten Sachlage ist, wie es heißt, durch die Worte des Reichskanzlers aber nicht erfolgt. Nach dem Reichskanzler nahm der Genosse Dr. David das Wort. Er erörterte die Kriegslage und die Friedensmöglichkeit und sprach die Ueberzeugung aus, daß jetzt eine Verständigung leichter möglich sei als in einem späteren Zeitpunkt, wobei er es an scharfen Ausfällen gegen die Politik der Alldeutschen nicht fehlen ließ. Er zeichnete ein Bild der inneren Lage und verlangte eine Veränderung des politischen Systems in Deutschland. Der jetzige Dualismus zwischen Regierung und Volk müsse aufhören. Es müsse ein völlige Einmütigkeit zwischen Krone, Regierung und Volk hergestellt werden.

Der nächste Redner war der Zentrumsabgeordnete Erzberger. Er erklärte, daß die ganze bisherige Debatte ihn in seiner Ueberzeugung nur noch mehr festigt habe. Die ganze Situation dränge zu einer kraftvollen Tat des Reichstages. Auch er setzte sich scharf mit den Vertretern der konservativ-alldeutschen Politik auseinander und warnte die Regierung eindringlich, die sozialdemokratische Partei in das Lager der Opposition zu treiben. Die Folgen würden verhängnisvoll sein.

Die Erwiderung Dr. Helfferichs auf die Angriffe seiner Vorredner war ziemlich matt, und es fiel allgemein auf, mit welcher geringer Aufmerksamkeit ihm der Ausschuss zuhörte. Seine Ausführungen endeten mit einem Appell zur Einigkeit. Graf Westarp, der für die Konservativen sprach, knüpfte daran an, sprach aber ziemlich zurückhaltend und machte, rein rethorisch, wenig Eindruck mit seinen Darlegungen.

Um 1½ Uhr nahm der Kanzler zum zweiten Male zu längeren Ausführungen das Wort, der sich namentlich mit Westarp und Erzberger auseinandersetzte. Hierauf vertagte sich der Ausschuss.

Gestern trat der Kronrat, bestehend aus dem preussischen Gesamtministerium und den Staatssekretären des Reichs unter dem Vorsitz des Königs zusammen.

Wie der „Hamb. Corresp.“ sich melden läßt, scheint es, als ob die Mehrheitsparteien sich auf eine teilweise Parlamentarisierung der Reichsämter und der preussischen Ministerien unter Beibehaltung von Bethmann-Hollweg geeinigt hätten und sollte dies auch von der Regierung zugestanden werden. Dafür würde der Reichstag in der Kriegszielefrage, den Wünschen der Regierung entgegenkommend, sich zurückhalten. Dieser Kompromiß ist aber bisher nicht zustande gekommen.

Es wäre außerordentlich bedauerlich, wenn der Reichstag in der Kriegszielefrage zurückzupfeifen würde. Gerade diese Frage ist die wichtigste; sie geht nach unserer Meinung allen anderen Fragen — deren Wichtigkeit wir gewiß nicht verkennen — voran.

Wie das genannte Blatt weiter zu melden weiß, hört man, daß im Falle weiteren Widerstandes des Kanzlers

Erzberger bei der nächsten Plenarsitzung eine sofortige Vertagung beantragen würde, um den Kanzler nicht zu Wort zu lassen. Im Augenblick scheint solche Entwicklung aber durchaus unwahrscheinlich.

Zweifellos liegt eine solche Möglichkeit vor; ihre Durchführung würde die Situation jedoch auf die Spitze treiben.

Nach der „Voss. Zig.“ habe der preussische Minister des Innern v. Loebeß dem Kaiser eine möglichst beschleunigte Durchführung der inneren Reformen empfohlen und gleichzeitig betont, es sei wünschenswert, daß sämtliche Staatssekretäre und sämtliche Minister ihre Entlassung gäben.

Wir verzeichnen noch folgende Meldung der heutigen „Berliner Morgenpost“:

Gestern am späten Nachmittag versammelte sich beim Kaiser im Potsdam ein Kronrat, der bis in die späten Abendstunden dauerte. Das Ergebnis liegt uns in dem Augenblick noch nicht vor. Im Reichstage war das Gerücht verbreitet, daß der Kanzler in Kenntnis der Stimmungen und Absichten der Parteien seinerseits den Augenblick für gekommen halte, sich an die Spitze der Aktion zu stellen. Man sprach davon, daß fünf preussische Minister und drei Staatssekretäre des Reiches ihre Plätze räumen würden. Der Kanzler würde, so wurde weiter erzählt, diese Plätze Vertrauensmännern der vier Parteien (Zentrum, Fortschrittler, Nationalliberalen und Sozialdemokraten) anbieten und auf diese Weise die Führung einer parlamentarischen Regierung übernehmen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es in der Tat so komme und daß der Kanzler acht Parlamentarier an die Regierung berufen wird.

Es wurde in diesem Zusammenhang erzählt, daß das Reichsamt des Innern geteilt werden sollte, ein Plan, von dem schon seit Jahren die Rede ist, und daß die Leitung des abgezwigten und zu einem Reichsarbeitsamt ausgestatteten Teiles einem sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer übergeben werden würde.

Vom heutigen Tage erwartet man endlich die Entscheidung. Eine Parlamentarisierung unseres Regierungssystems muß kommen. Nimmt der Kanzler sie jetzt vor, so kann er sich sofort auf eine statliche Majorität im Reichstage stützen.

Die politischen Schicksalsfragen

des Reiches und Preußens nähern sich der Entscheidung; vielleicht ist sie in diesem Augenblick bereits gefallen. Der Reichstag war voll von Gerüchten. In den Couloirs zirkulierten Ministerlisten für Preußen und das Reich. Mit aller Bestimmtheit trat die Nachricht auf, daß die abschließende Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts für Preußen beschlossen sei. Es war klar, daß unter diesen außerordentlichen Spannungsmomenten die Verhandlungen im Plenum selber etwas leiden mußten. Dabei betrafen sie sehr wichtige Dinge: Die Interpellation unserer Fraktion über die Wirtschaft auf dem Obst- und Gemüsemarkt, in der Rohlenversorgung und in den drohenden Mietssteigerungen. In einer sehr gründlichen und sachverständigen Rede, die das Interesse der Zuhörer fesselte, legte Genosse Hach unsern Standpunkt klar. Er übte scharfe Kritik an den Verhältnissen auf dem Obst- und Gemüsemarkt und wies nach, daß die Höchstpreise ihre Aufgabe garnicht erfüllen können, wenn mit ihnen nicht eine Regelung des Verkehrs der Waren verbunden ist. Der Handel wird planmäßig in

den Dienst der Gesamtheit gestellt werden, nicht daß das Volk den Kaufleuten zur Ausbeutung überantwortet werde. Die Kriegsmarmelade traurigen Angebens erfuhr die entsprechende Kritik, die sich mit positiven Vorschlägen über eine andere Gestaltung der Marmeladenversorgung verbreitete. In der Frage der Kohlenversorgung wies unser Redner mit Recht darauf hin, daß das Hauptübel das Privateigentum sei, in dem sich dieser wichtige Produktionszweig befindet. Mit derselben Entschiedenheit, mit der er sich gegen das übermäßige Nachbewußtsein der Kohlenherren wandte, griff Hoch die eigennütigen Hausbesitzer an, die die Noilage ihrer Mieter zu Mieteerhöhungen ausnützen. In der gleichen Richtung wie diese Rede bewegten sich die Ausführungen des Abg. Sieberts, der für das Zentrum sprach. Vorher hatte Herr Dr. Helfferich für mildere Umstände in der Kohlen- und Ölmarkt plädiert. Er wollte die Hauptschuld der großen Dürre der letzten Wochen anrechnen. In der Frage der Kohlenversorgung versprach er ausreichende Belieferung des Hausbrandes, während er bei den Mieteerhöhungen auch auf die schwierige Lage mancher Vermieter hinwies. Präsident von Batsch verteidigte dann das System der Höchstpreise bei Frühgemüse und Obst, erklärte aber die Möglichkeit einer Beschlagnahme wegen der raschen Verberblichkeit dieser Waren für ausgeschlossen. Gegen die Schieber und Hamsterer versprach er mit aller Rücksichtlosigkeit vorzugehen. Trübsliche Aussichten eröffnete er für die Getreideernte dieses Jahres, die er ebenso hoch einschätzte wie die von 1915; die Kartoffelernte werde sicher besser sein als die schwere Missernte vom vorigen Jahre. Die Verhandlungen wurden auf Mittwoch verlag.

Die Kriegslage.

In der Ostfront kämpften die deutschen Batterien bei Bzow und Bragan am 8. Juli mit erkennbarem Erfolge. Der Behauf von Krzowo östlich von Bragan wurde in Brand geschossen, wodurch mehrere Stunden dauernde Explosionen hervorgerufen wurden. Abgesehen von dem Frontabschnitt bei Stanislaw, wo der russischen Uebermacht eine unbedeutende örtliche Einbußung der Front gelang, waren die Kämpfe am gestrigen Tage weniger heftig. In den Karpathen herrschte nur am Ludowa und am Smotret lebhaftere Gefechtsaktivität. Eine feindliche Abteilung, die sich unter dem Schutze von starkem Infanterie- und Maschinengewehrfeuer zu verschieben versuchte, wurde unter schweren Verlusten abgewiesen. Lebhaftes feindliches Artilleriefeuer lag auf den Stellungen nördlich von Jockani und zwischen Jockani und Braila.

In der Westfront lebte das feindliche Feuer bei Ypern, Wijnzand und Armentieres erst gegen Abend auf. In der Nacht zum 9. Juli wurden südlich und nördlich von Ypern mehrfach feindliche Patrouillen, die sich nach kurzen Feuerüberfällen zu nähern versuchten, abgewiesen, wobei mit Geschossen zurückgeschossen. Auch an der Arras-Front steigerte sich das Feuer erst gegen Abend und nachts. Zwölf Uhr mitternachts brach der Gegner vor unseren Gräben südlich des La Bassée-Kanals Springladungen zur Entzündung, ohne jedoch Schaden anzurichten. Unsere Patrouillen und Stützposten hielten an verschiedenen Stellen Geschosse aus den feindlichen Gräben, während wir harte feindliche Patrouillen nördlich von Fresnoy und nördlich von Cheris abwiesen. Ein Jettballon wurde von unseren Fliegern abgeschossen. Bei dem heftigen Bombardement von Bergues-Main, wo die Angriffe ein feindliches Grabensystem von dreieinhalb Kilometer eroberten, und über 800 Gefangene machten, trafen unsere Stützposten weit über das gestrichelte Ziel hinaus in die hinteren feindlichen Gräben vor. Bei den erbitterten Kämpfen erlitt der Feind schwere Verluste. Während der Nacht lag die neuere Stellung unter lebhaften feindlichen Feuer. Gegen 10 Uhr abends versuchte der Feind ohne Artillerieunterstützung vorzudringen. Der Angriff brach jedoch rasch in unserem Feuer zusammen. Gleichzeitige Angriffsvorbereitungen östlich der Konere-Terme wurden durch unser Feuer in keine Fahrt. In der West-Champagne schloß das feindliche Artilleriefeuer am Sonntag im Laufe des Nachmittags zu beträchtlicher Stärke an. Unter Vernichtungsgeschossen auf die äußersten französischen Gräben unterband das Bombardement des Feindes.

Berlin, 9. Juli, abends. (Amtlich.)

Vom Westen nichts Neues. In Oden griffen die Russen an der Straße Kalah-Stanislaw von neuem an; ihre Kräfte wurden durch Gegenangriff zum Stillstand gebracht. Nördlich des Dnjestr keine besonderen Ereignisse.

Wien, 9. Juli. (Amtlich.)

Deutlicher Kriegsausplatz.

In den Karpathen und an der oberen Bistritza Salomirskaja hielten die Russen mit härtester Ausdauer ab. Nachmittags von Stanislaw wurden gefürchtete nach westwärts gerichteten Angriffen die ersten Stellungen unserer Verteidigungsanlagen dem Feind überlassen worden. Eine Erweiterung des russischen Geländegewinns wurde durch das Eingreifen von Reserve verhindert. Nördlich des Dnjestr, namentlich auf galizischem Boden, harte Artilleriekämpfe.

Italienischer Kriegsausplatz.

Bei Bardia wurde ein italienischer Vorstoß abgewiesen. Südlicher Kriegsausplatz. In der Gegend von Bardia und Trovato-Merme hielten die Russen mit härtester Ausdauer ab. Nachmittags von Stanislaw wurden gefürchtete nach westwärts gerichteten Angriffen die ersten Stellungen unserer Verteidigungsanlagen dem Feind überlassen worden. Eine Erweiterung des russischen Geländegewinns wurde durch das Eingreifen von Reserve verhindert. Nördlich des Dnjestr, namentlich auf galizischem Boden, harte Artilleriekämpfe.

Frankreich und Belgien.

Eine kürzliche Sitzung in der französischen Kammer. Die Kammer nahm nach Beendigung der Geheimhaltungen die öffentliche Sitzung zur Behandlung der Interpellationen über die Führung der militärischen Operationen wieder auf. Die Minister Briand, Blum und Klotz-Dagens sowie der Vertreter der Widerheit Briand forderten nach Beilegung der 14 Tagesordnungen durch Deschanel den Kammerpräsidenten auf, ihre ihm zugeordnete Tagesordnung gleichfalls zu verlesen. Deschanel lehnte das ab. Die Tagesordnung erscheinete ihm unannehmbar, sie laufe der Verfassung zuwider und erhalte eine Beschädigung der Regierung und eine unzulässige Einmischung in das Oberkommando. Nach längerem erregtem Hin- und Her konnte endlich Angenieur das Wort ergreifen. Er bemerkte, daß die Regierung wiederum mit die allgemein gebilligte Tagesordnung Renoult und Gensoul zu der Sitzung gemacht habe. Angenieur verlangte Strafen sogar für die höchsten militärischen Stellen. Wenn es notwendig sei, sollten selbst Minister in Haft genommen werden.

Abel Ferry verlangte, daß die Engländer größere Frontstücke übernehmen und mehr Kanonen nach Frankreich schicken. Deschanel erklärte, die Verantwortung für die Operationen solle dem Kriegsrat in Compiegne zur Last. Dieser habe dem Druck der ausländischen Generale (Freny von links: „Abel Ferry“) nachgegeben. Dölling verlas einen Brief von der Front, wonach von zwei Kompanien auf der Höhe von Crazes im ganzen 49 Mann zurückgelassen und die Ueberlebenden der einen Kompanie nur ein Krüppel geblieben seien, weil sie sich nicht genügend vertheidigt hätten.

Robert erklärte, im Kriegsrate in Compiegne sei eine geheimnisvolle, unfaßbare, unvorstellbare Macht (Präsident Poincare) schlicht inspiriert gewesen. Diese überläufige Macht werde man hoffentlich bald kennen und aburteilen. Der Präsident der Republik könne nur von der Deputiertenkammer in Anklagezustand und vom Senate abgeurteilt werden. Der Präsident sei aber gemäß der Verfassung nur im Falle des Hochverrats verantwortlich, in allen anderen Fällen seien es die Minister. Robert fuhr fort, er müsse diese Macht zur Sprache bringen und geißeln; sie sei zwar in der Minderheit, habe aber die ausschlaggebende Stimme. Es wäre ein Sacrilège, daß die Soldaten Frankreichs den Wahnsinn anderer mit dem Leben bezahlen müßten. Darauf kam es zu einem außerordentlich erregten Zusammenstoß zwischen Accambray und Viviani und großem Lärm in der Kammer.

Kriegsminister Painlevé stellte die schweren Fehler fest, die im Verlaufe der letzten Offensive begangen worden seien. Die Führer, die für die Fehler verantwortlich seien, in erster Linie Oberkommandierende, seien ihrer Posten enthoben worden. Das Geheh gestattet keine Verurteilung vor der Untersuchung. Diese wird in einigen Tagen eröffnet werden. Der Kriegsminister gab die Maßnahmen an, die der Industrialisierung des Krieges dienen sollen. Es darf kein Mandat die Einigkeit zerstören. Wer gegenwärtig den Rat gibt, die Waffen niederzulegen, macht sich zum Helfershelfer unserer Feinde. In dem unwahrscheinlichen Falle, an dem unsere Soldaten die Waffen niederlegen würden, würden die deutschen Gewehre es leicht haben, Frankreich zu ermorde. Die junge russische Revolution konnte ihr Heer wieder innerlich festigen, weil in Frankreich während vier Monaten die französischen und englischen Soldaten siegreich die hütige Wache hielten. Nach einer Unterbrechung der Sitzung wandte sich der Sozialist Renaudel gegen die von gewissen Seiten geforderten Unterdrückungen und forderte von der Regierung, daß sie sich über die geheime Propaganda erkläre. Die Regierung soll den Soldaten sagen: Der Friede, den wir wünschen, ist nicht ein Friede zur Beschmähung des gegnerischen Volkes, so schuldig es auch sein mag.

Ministerpräsident Ribot bedauerte, daß mit Bezug auf die Offensive vom 16. April man von einem Mißerfolg gesprochen habe. Ribot empfahl jedoch, zu versuchen, die Leiden der Soldaten zu erleichtern und führte aus: Seit drei Jahren trägt Frankreich die schwerste Last des Krieges. Der Augenblick ist gekommen, wo man mit den Verbündeten prüfen muß, ob es kein Mittel gibt, die Lasten gerechter zu verteilen. Ribot spielte dann auf die Entdeckung eines Schicks von bedeutender Höhe und verdächtigen Ursprungs an, den der Leiter eines Pariser Blattes erhalten habe. Ribot erklärte, daß eine Untersuchung eingeleitet und eine Verhaftung vorgenommen worden sei und die Regierung keinerlei Rücksicht walten lassen werde. Denen, die bewußt oder unbewußt sich bemühen sollten, uns diesem ehrenvollen Frieden zuzuführen, den Deutschland wünscht und die unsere Schande wäre, verweigere ich die Redezeit. Zum Schluß forderte Ribot die Kammer auf, eine Veritaustagesordnung anzunehmen, was mit 375 gegen 23 Stimmen geschah.

Die gegnerischen Heeresberichte.

Frankösischer Heeresbericht vom 8. Juli nachmittags: In der Aisne-Front war die Nacht durch lebhaftes Beschützung der französischen Stellungen von nördlich der Mühle von Lauffay bis zu den Häusern des Trovato-Merme-Gebirgs gekennzeichnet. Bei Tagesanbruch unternahmen die Deutschen in vier Abschnitten mit starken Kräften heftige Angriffe. Der erbitterte Widerstand unserer Truppen wurde Herr über die feindlichen Massen, die sehr schwere Verluste erlitten. Nördlich der Mühle Lauffay, beim Menne-Jean-Gebirg und westlich Panttheon wiesen wir alle Verluste ab. Wir hielten unsere Stellungen völlig. Zwischen Bactos und Trovato-Merme entwickelte sich ein feindlicher Angriff auf einer Front von drei Kilometern. Nach mehrstündigem Kampf gelang es uns, den Feind aus Teilen unserer Gräben erster Linie, wo er beim ersten Stoß eingedrungen war, wieder hinauszumieren. Westlich Ceruy glückte uns bei Tagesende eine Teilerneuerung, wobei wir die am 1. Juli nördlich Ailles eroberten Stellungen merklich erweiterten und Gefangene machten. Der Artilleriekampf war in der Gegend Capigul die Nacht hindurch lebhaft. Wer zerstreuten feindliche Aufklärungsabteilungen, die sich unseren Linien zu nähern versuchten. Auf dem linken Maas-Ufer nahmen unsere Truppen nach kurzer Artillerievorbereitung in glänzender Weise drei stark besetzte Vorwände nördlich des Taten Mannes und südwestlich der Höhe 304. Gegenangriffe der Deutschen auf den eroberten Punkt wurden abgeschlagen. Verschiedene Handstücke auf unsere vorgeschobenen Posten auf den Maashöhen und im Oberelsaß scheiterten in unserem Feuer.

Abends: In der Gegend Panttheon und Trovato-Merme hielten die Russen mit härtester Ausdauer ab. Nachmittags von Stanislaw wurden gefürchtete nach westwärts gerichteten Angriffen die ersten Stellungen unserer Verteidigungsanlagen dem Feind überlassen worden. Eine Erweiterung des russischen Geländegewinns wurde durch das Eingreifen von Reserve verhindert. Nördlich des Dnjestr, namentlich auf galizischem Boden, harte Artilleriekämpfe.

Belgischer Bericht: Die Nacht war verhältnismäßig ruhig. Im Laufe des Tages Tätigkeit der Artillerie an der ganzen Front, besonders in der Richtung Ranscapelle und Fährmannsbau.

Englischer Heeresbericht vom 8. Juli: Der Luftkampf dauerte während des ganzen gestrigen Tages an. Die feindlichen Luftschiffe arbeiteten in großen Geschwadern, die häufig von anderen Flugzeugen angebrochen wurden. Unsere Flieger machten eine Anzahl erfolgreicher Vorstöße und griffen feindliche Flugzeuge, Unterstände und Truppen mit Bomben und Maschinengewehren an, wobei sie bedeutenden Schaden verursachten. Sechs feindliche Flugzeuge wurden im Luftkampf zum Absturz gebracht, zehn andere zum Niederzehen gezwungen. Von unseren Flugzeugen fielen acht.

Abends: In der letzten Nacht machten wir erfolgreiche Vorstöße nördlich Sargisourt und nördlich Ypern, wobei wir einige Gefangene erbeuteten.

Rußland.

Russischer Heeresbericht

vom 7. Juli. Westfront: In der Gegend von Pinst zerstörte unsere Artillerie die Minen auf dem Pina-Fluß. In Richtung Metchow in Gegend Kufow-Kamagar griff unsere Infanterie nach Artillerievorbereitung die hartbesetzten feindlichen Stellungen an. Es gelang ihr zwar, drei Linien Schützengräben zu besetzen, aber am Ende des Tages drängte der Gegner durch eine Reihe von Gegenangriffen unsere Stellungen ein wenig zurück. Auf der Front nördlich Pleskoff-Lawitschka-Trovoit-Gebirge, nördlich des Dorfes Konowitsch, ergriffen unsere Truppen die Offensive und führten am 6. Juli den ganzen Tag einen erbitterten Kampf. Die Werke und Befestigungen Punkte gingen aus einer Hand in die andere. Der Feind, der frühe Verstärkungen heranzog, unternahm eine Reihe von Gegenangriffen, davon die erbittertesten in Richtung des Dorfes Urfow und der Wälder westlich von Konowitsch, wo es dem Gegner gelang, in mehreren Abschnitten unsere Angriffsstrecken zurückzunehmen. Am Schluß des Tages besetzten wir in unserer West die Höhen nördlich Pleskoff, des Dorfes Konowitsch, Trovoit und die Höhen östlich Sadow. Im Laufe des 6. Juli nahmen wir im Kampf 17 Offiziere und 67 Soldaten gefangen. — In Richtung auf Ostka drängten unsere Kräfte in der Gegend südlich von Stanislaw nach

Artillerievorbereitung den Feind auf der Front Samnica-Basschna zurück und besetzten feindliche Schützengräben. Südlich Bogorodschan überrempelten unsere Vorhuten eine feindliche Posten und drangen auf der Front Sialchowitsche Dzwiniatow vor. Nachdem sie letzteren Ort besetzt hatten, schlugen sie feindliche Gegenangriffe zurück, ebenso den gegnerischen Posten in der Gegend von Jankonta Parokit. Im ganzen fingen wir bei den Kämpfen am 6. Juli in Richtung auf Ostka 260 Mann. — In den Karpathen griff eine unserer Kompanien in der Gegend von Pusti einen feindlichen Verhaun an, machte mit dem Bajonett 17 Oesterreicher nieder und fing 4. — Rumänische Front: Auf der Donau zerstörten wir durch Artilleriefeuer ein feindliches Schiff. — Kaukasus-Front: Keine Veränderung. — Ostsee: Ein Geschader von feindlichen Wasserflugzeugen unternahm eine Streife in der Gegend Jemel auf der Insel Osel und auf die Stadt Arensburg. Es warf 18 Bomben auf Batterien, Schuppen und andere Bauten. Alle Bomben verfehlten ihr Ziel. Vom Feuer unserer Schiffe und Küstenbatterien empfangen, verschwand die feindliche Flugzeuge. — Schwarzes Meer: In der Nacht zum 7. Juli unternahm drei schnellfahrende russische Kutter eine Streife nach dem Bafin-See südlich der Donaumündung, landeten unter feindlichem Feuer Truppen, die Maschinengewehre und den Beschluß eines Geschüßes erbeuteten, 2 bulgarische Soldaten fingen und 12 mit dem Bajonett niedermachten. Auf ihrer Rückfahrt wurden die Kutter von einem Wasserflugzeug im Kanal Branow angegriffen.

Den sofortigen Rücktritt Kerenskis

fordern in einem dringenden Schreiben an ihr 179 Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates. In der Begründung führen sie an, daß Kerenski sich in schwerster Weise an den Grundsätzen der Revolution vergangen habe.

Russische Soldaten gegen die vorläufige Regierung.

„Kjetich“ teilt mit: Das 1. russische Maschinengewehrregiment sowie einige andere Truppenteile erließen eine Kundgebung gegen die vorläufige Regierung und für einen baldigen Frieden. Das Mittel, dieses Ziel zu erreichen, ist nach der Kundgebung ein Angriff gegen die kämpfenden Truppen im Rücken. Der Arbeiter- und Soldatenrat warnt daher die Soldaten und die Bevölkerung vor solchen anarchistischen Aufzügen und verlangt sofortige Anzeige, wo solche Agitatoren auftreten.

England.

Die Opfer des letzten Luftangriffs auf England.

Amlich wird in London bekanntgegeben: Die endgültige Verlustliste des letzten Luftangriffs beträgt 47 Tote und 141 Verletzte.

Die englische Admiralität teilt mit: Ein Marinesflugzeug griff das von dem Flugzeugangriff zurückkehrende feindliche Geschwader 40 Meilen von der Ostküste an. Zwei feindliche Flugzeuge zerstörten, wie beobachtet wurde, auf dem Wasser. Ein drittes stürzte in Flammen gehüllt an der Schelbemündung ab. Alle unsere Flugzeuge kehrten zurück. Die Flugzeuge, die bei Dünkirchen auf die zurückkehrenden feindlichen Streifflieger warteten, verfehlten diese, doch wurden 7 andere feindliche Flugzeuge zum Absturz gebracht.

Bekanntgabe der Kriegsziele.

In englischen Blättern wird gemunkelt, daß die Entente schnellig ihre Kriegsziele bekannt gibt.

Italien.

Die italienischen Sozialisten für den Frieden.

In der italienischen Kammer wurde von der sozialistischen Partei eine Tagesordnung eingebracht, die Regierung aufzufordern, sofort die Verwirklichung des Friedens anzubahnen.

Der Balkanrieg.

Die rumänische Verfassungsreform.

„Secolo“ meldet aus Paris: Die rumänische Kammer nahm mit 130 gegen 14 Stimmen die Verfassungsreform an, die ein allgemeines Stimmrecht, die Enteignung großer Landgüter und die Landverteilung an Bauern vorseh.

Der Seefrieg.

Über eine Million Brutto-Register-Tonnen im Monat Juni versenkt.

WLB, Berlin, 9. Juli. (Amtlich.)

Durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte ist nach den eingegangenen Meldungen im Monat Juni ein Handelschiffsraum von über einer Million Brutto-Register-Tonnen versenkt worden.

Die Erfolge des U-Boot-Krieges rechtfertigen volles Vertrauen in die unausbleiblichen und entscheidenden Wirkungen auf unseren Gegner.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Die russischen Sozialisten und der Frieden.

Dem Stockholmer Vertreter des „Lj Ost“ gegenüber erklärten die Delegierten des Arbeiter- und Soldatenrates Rosjanow und Goldenberg: Vor allem müssen wir betonen, und dies sagen wir für alle kriegführenden Staaten, daß der Arbeiter- und Soldatenrat keine Vertretung nur einer sozialistischen Gruppe ist, sondern das ganze russische Volk in sich faßt. Unser Friedensprogramm ist gleichzeitig das der russischen Regierung. Nach unserer Auffassung kommt der Frieden an dem Tage zustande, an welchem die Sozialisten aller kriegführenden Staaten ihre Regierungen zwingen, von jeder Erörterung abzusehen und alle imperialistischen Pläne aufzugeben. Auf die Frage, weshalb die vom Rat einberufene Sozialisten-Konferenz abgefragt wurde, erwiderte Goldenberg, daß dies geschehen sei auf direkten Wunsch der englischen und französischen Genossen, die vorher eine Vorbesprechung abhalten wollten. Wir sind von der Zweckmäßigkeit dieser Besprechung nicht durchdrungen; denn zur allgemeinen Sozialistenkonferenz genügen zwei Vorbedingungen, und zwar das Gelöbnis, daß sich jede Sozialistenpartei den Schluß der Konferenz unterwirft. Trödem haben wir für wichtiger gefunden, die Wünsche dieser Sozialisten zu erfüllen. In ihrer Vorbesprechung, die in London stattfand, neh-

men auch wir teil und hoffen, mit unserem Standpunkt durchdringen. Einen anderen Weg als den angegebenen gibt es nicht. Wir weisen alles zurück, was keine radikale Lösung bringt und dem Diplomatenspiel Raum gewährt. Eben deshalb sind wir nicht damit einverstanden mit den zur Entente gehörenden Genossen, insofern als sie die Friedensformel „ohne Eroberungen und Entschädigungen“ durch allerlei Verdrehungen interpretieren wollen. Von der Londoner Konferenz erwarten wir eine Einigung auf einer Plattform, die auch die Sozialisten der Mittelmächte annehmen können. Ist diese Plattform gefunden, dann wird eine Zusammenkunft aller der Sozialisten aller kriegführenden Staaten einberufen, auf der alle sozialistischen Fraktionen sich auf ein gemeinsames Kriegsziel einigen und auch betreff der Mittel, die zur Geltendmachung unserer Auffassung gegenüber den Regierungen aller Länder angewandt werden sollen. Wir wissen wohl, daß den Frieden nicht diese Konferenz schließen wird, sondern Diplomaten; trotzdem fordern wir aber, daß an den Friedensverhandlungen der Diplomaten auch Mitglieder der Volkvertretungen und Vertreter der Sozialisten teilnehmen.

Betreffs der russischen Offensive sagten die Delegierten: Niemand denkt in Rußland an den Durchbruch der deutsch-österreichischen Front. Es mußte aber bewiesen werden, daß die Unbesieglichkeit nicht recht haben, wenn sie behaupten, daß die Schlagfertigkeit Rußlands gebrochen und das Land durch innere Kämpfe zermürbt sei.

Die Lösung der Nationalitätenfragen wünschen die Delegierten auf der Friedenskonferenz durchzuführen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Bedenkliche Maßnahmen in kritischer Zeit.

Das Stellvertretende Generalkommando des VIII. Armeekorps und der Gouverneur der Festung Köln erlassen folgende Verfügung: „Jede Werbetätigkeit, welche bezweckt, Arbeiter und Arbeiterinnen, die bei im Dienste der Heeresverwaltung beschäftigten Unternehmern oder in mittelbar oder unmittelbar tätigen Betrieben beschäftigt sind, zum Aufgeben oder zum Wechsel ihrer Arbeitsstelle zu veranlassen, wird verboten. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre, bei mildernden Umständen mit Haft oder bis zu 1500 Mk. Geldstrafe verurteilt.“

In Friedland (Schlesien) wurde in vergangener Woche eine geplante öffentliche Textilarbeiterversammlung, in welcher der Gauleiter des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Otto Gritsch aus Biegnitz, über die wirtschaftliche Lage der Friedländer Textilarbeiter sprechen sollte, durch das Generalkommando ohne Angabe von Gründen verboten. Unser Waldenburger Parteiblatt, die „Schlesische Bergmacht“, bemerkt zu dem Verbot: „Daß dieses Versammlungsverbot gerade in Friedland eingetreten ist, obwohl die Löhne erschreckend niedrig sind, sodaß sich auch der weidwärtigste Militär sagen müßte, daß mit solchen Löhnen nicht zu leben ist, macht die Sache noch unerklärlicher.“

Österreich-Ungarn.

Bildung eines endgültigen Kabinetts in Oesterreich. Nach der „Morgenpost“ kündigen tschechische Blätter an, daß das jetzige vorläufige Kabinett in Oesterreich nach der Unterbrechung der Arbeiten des Reichstages durch ein endgültiges Ministerium ersetzt werden solle. Die „Jarodny Listy“ berichten darüber, es handle sich um ein großes Kabinett, das die Arbeit zur Reform der Staatsverfassung vorbereiten soll.

Das Kabinett würde aus dem Ministerpräsidenten, neun Ressortministern, und zwar vier Deutschen, zwei Tschechen, zwei Polen und einem Südslawen bestehen. Die Ressortminister würden nicht dem Parlament angehören. An dieses engeres Ministerium würden sich vierzehn Minister anschließen, die insgesamt dem Abgeordnetenhause entnommen werden, und zwar drei Deutsche, drei Tschechen, zwei Polen, ein Italiener, ein Rumäne, ein Südslawe und ein Ruthene. Der engerer Ministerat würde alle Angelegenheiten von ausschließlich administrativem Charakter zu besorgen haben. Sobald jedoch Angelegenheiten nationaler, sprachlicher oder politischer Charakter herantreten würden, würde sich das ganze aus 24 Mitgliedern bestehende Kabinett versammeln. Das Kabinett hätte den Versuch einer Reform der Verfassung zu machen.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Dienstag, 10. Juli.

Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, die gestern abend im Gewerkschaftshause stattfand, war verhältnismäßig gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der seit der letzten Versammlung im Kriege gefallenen Genossen Max Ulatowski, Willy Ehme, Hans Stegmann, Christian Jürgens und Wilhelm Hartung-Borwerk, sowie der am Orte verstorbenen Genossen Peter Graf, Karl Schlichting und Wilhelm Schwab in der üblichen Weise geehrt. Hierauf erörterte Genosse Bromme die Abschreibung vom 2. Quartal. Der Kassenbestand bewegt sich auf der gleichen Höhe wie im Vorjahre. Einem Zugang von 40 Mitgliedern steht ein Abgang von 39 gegenüber. Der Austritt einiger bisheriger Genossen gab Anlaß zu einer kurzen Debatte. Hierauf referierte Genosse Bromme über die Aufgaben des Parteitag in Würzburg. Er bedauerte zunächst, daß der erste Parteitag seit Ausbruch des Krieges die Arbeiterschaft nicht mehr einheitlich und geschlossen feiert. Den wichtigsten Teil der Parteitagverhandlungen würden die Beratungen über die zukünftigen Aufgaben der Partei bilden. Es gelte endlich einmal klar festzulegen, was wir alles von der Neuorientierung erwarten. Die Arbeiterklasse habe allen Grund, ganz gebeterisch politische Gleichberechtigung zu fordern. Aber damit sei es noch lange nicht abgetan. Die nötige Demokratisierung des Reiches müsse durchgeführt werden. Auch die Förderung sozialpolitischer Probleme wie Lohnhöhe, Wohnungsjorge, Arbeiterfürsorge werde eine Rolle auf dem Parteitag spielen. Dieser müsse uns ferner das Rüstzeug für die kommenden Wahlen liefern und habe über die Haltung der Partei zur künftigen Wirtschaftspolitik des Reiches zu entscheiden. Vor allem müsse das Gewicht der Arbeiterklasse auf die Wagschale einer gerechten Lohnverteilung in der Steuerpolitik geworfen werden. Auf dem eingeschlagenen Wege neuer Verbrauchs- und Verkehrssteuern gehe es nicht weiter. Noch immer sind die riesigen Kriegsgewinne geschont worden, selbst die durch unläuterste Herkunft erworbenen, wie der Kupfererzberg in Berlin wieder gezeigt habe. Wir müssen fordern, daß solche unlauteren Gewinne für die Staatstasse beschlagnahmt werden. Vor allem aber sei es keine Aufgabe der Partei und Gewerkschaften. Im übrigen würde auch die Arbeiterklasse und die Zukunft der deutschen Industrie erfordere einen Frieden der Verständigung. Der Parteitag müsse sich auch gegen die vom Genossen Rüttner gegründete Organisation der Kriegsteilnehmer und Kriegsverletzten wenden. Ihre Bestrebungen sind Aufgabe der Partei und Gewerkschaften. Im übrigen wurde auch auf dem Würzburger Parteitag das Interesse der Arbeiterklasse

Der amtliche Kriegsbericht.

Die Fliegerfähigkeit im Juni.

WZ. Großes Hauptquartier, 10. Juli. (Amtlich).
Weslicher Kriegshauptquartier.
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

In Flandern erreichte der Artilleriekampf an der Äaete, im Abschnitt von Ypern und östlich von Wytchaete größere Stärke als an den Vorzügen. Ein Vorstoß englischer Infanterie südwestlich von Hellebeke wurde zurückgewiesen. Auch nordöstlich von Messines, bei Lens und Fresnoy, sowie nordwestlich von St. Laurent spielten sich Erkundungsgeschechte ab.

Front Deutscher Kronprinz
Längs des Chemin des Dames nahm abends das Feuer an Heftigkeit zu. Nachts wurden Teilangriffe der Franzosen südlich von Courcyex und südöstlich von Cerisy zurückgeschlagen.

Front des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg.
Keine besonderen Ereignisse.

Deutscher Kriegshauptquartier.
Heeresfront des Prinzen Leopold von Bayern.

Bei Riga, Dünaburg und Smorgona hat die Geheimschiffahrt sich gesteigert.

Bei der Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Boehm-Ermolli blieben die Russen zwischen Strypa und Dajewka ziemlich untätig. Unternehmungen unserer Sturmtruppen brachten an mehreren Stellen Gewinn an Gefangenen und Beute.

Nach Abschluß der Kämpfe, die sich gestern nordwestlich von Stanislaw entwickelten, wurden unsere Truppen hinter den Unterlauf des Lukowicbaches zurückgenommen.

Im Bereiche der anderen Armeen keine größeren Kampfhandlungen.

Magdonische Front.

Die Lage ist unverändert.

Im Monat Juni war das Ergebnis der Kämpfe gegen die feindlichen Luftstreitkräfte gut. Unsere Gegner haben 20 Flugzeuge und 33 Fesselballons durch Einwirkung unserer Waffen verloren. Von den Flugabwehrkanonen wurden 60 feindliche Flieger abgeschossen. Der Rest ist in Luftkämpfen zum Abwurf gebracht worden. Unser Verlust beträgt 58 Flugzeuge und 3 Fesselballons.
Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

der Zielpunkt alles Handelns sein. — Es folgte eine längere sehr lebhafte Debatte, an der sich die Genossen Barzel, Bed, Cämmerer, Gauth, Henze, Paul Löwigt, Bromme, Stellung und Heinrich Schmarz beteiligten. Hierauf wurde ein Antrag des Genossen Barzel angenommen: Der Parteitag wolle beschließen, den Parteivorstand zu ersuchen, Einigungsverhandlungen mit der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands in die Wege zu leiten. In Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse und um unnötige Kosten zu vermeiden, wurde beschlossen, in diesem Jahre von einer Urwahl abzusehen und die Delegierten gleich in der Versammlung zu wählen. Die Wahl fiel auf die vom Vorstand und Ausschuss vorgeschlagenen Genossen Bromme und Stellung als Delegierte, die Genossen Bed und Löwigt als deren Stellvertreter. Im Schluß der Versammlung teilte Genosse Stellung noch mit, daß es nach Rücksprache mit der Firma Dreyfus gelungen sei, noch vor dem am 1. August ersolgenden Inkrafttreten der Kohlensteuer der minderbemittelten Bevölkerung Gelegenheit zu geben, sich vom 11. Juli ab mit Kohlen und Breitsens an drei Verkaufsstellen in der Stadt einzubeden und zwar in der Gendnerstraße, am Kanal unterhalb der Glodengießerei und am Gudejahn Platz an der Drehbrücke. Darauf fand die interessante Versammlung ihr Ende.

Familienunterstützung entlassener Heeresangehöriger. Den Familien oder sonstigen Angehörigen von zur Arbeitsleistung in bestimmten Betrieben entlassenen Heeresangehörigen, deren Arbeitsverdienst sich niedriger stellt als ihre früheren militärischen Bezüge nebst den Familienunterstützungen, wird bekanntlich vom Reich zum Ausgleich vermindert. Erinnern eine Unterstützung gewährt. Die technische Durchführung der ergangenen Bestimmungen ist in einem Rundschreiben des Reichskanzlers (Reichsamt des Innern) an die Bundesregierungen vom 9. Januar 1917 geregelt. In der Praxis hat sich herausgestellt, daß gewisse Einzelfragen durch das erwähnte Rundschreiben noch nicht zweifelsfrei geklärt sind. Der Reichskanzler (Reichsamt des Innern) hat daher am 21. Mai 1917 ein zweites Rundschreiben an die Bundesregierungen erlassen. Es bestimmt insbesondere folgendes:

Als Arbeitsverdienst soll entweder der tatsächliche oder, wo dies nicht zugänglich erscheint, ein Betrag angenommen werden, wie er bei der für den Betroffenen nach der Art seiner Beschäftigung üblichen Arbeitszeit und bei normaler Arbeitsleistung allgemein verdient wird. Verdienst für Sonntags- und Ueberstunden ist in Rechnung zu stellen, soweit er gewöhnlich von Arbeitern der fraglichen Art in dem betreffenden Betriebe erzielt zu werden pflegt. Dauernde Lohnveränderungen nach unten oder oben sind stets zu berücksichtigen. — In Krankheitsfällen ist den Familien der Ausfall zu ersetzen, den sie an ihrem Einkommen (Lohnung, freier Verpflegung, Familienunterstützung usw.) vor Einstellung des Heerespflichtigen in die Arbeit gehabt haben. Etwasige Verpflegung des Heerespflichtigen im Krankenhaus hat bei Berechnung der Ausgleichsunterstützung Berücksichtigung zu finden. Auch bei Unfällen wird die Ausgleichsunterstützung bis zur Zahlung etwaiger Unfallrenten gewährt. — Die Unfallrente wird für die gewährten Ausgleichsbeträge in Anspruch genommen. — Bei unfreiwilliger Arbeitsunterbrechung wird ebenfalls ein dem früheren Einkommen vor Einstellung in die Arbeit (Familienunterstützung, militärische Lohnung, freie Verpflegung usw.) entsprechender Ausgleichsbetrag bewilligt.

Der Ausgleich ist auch den zur landwirtschaftlichen Arbeit entlassenen Heerespflichtigen zu gewähren, wenn die Entlassung nicht zur Beschäftigung im eigenen Betriebe erfolgt. — Hat der zur Arbeit entlassene Heerespflichtige für etwaige Anfallspflüge von Familienangehörigen Kosten aufzubringen, die während der militärischen Dienstleistung der Vorseherverband getragen hatte, so sind diese Kosten dem früheren Einkommen als Familienunterstützung zugurechnen. Die Ausgleichsunterstützung erhalten nur zur Arbeit entlassene, nicht zur Arbeitsleistung beurlaubte oder kommandierte Mannschaften. Die Angehörigen der letzteren beziehen im Falle der Bedürftigkeit die Familienunterstützung. — Für nach der Entlassung zur Arbeit geborene Kinder wird die Familienunterstützung, die sie bei fortwährender militärischer Dienstleistung des Vaters erhalten haben würden, dem früheren Einkommen zugerechnet. — Zur Arbeitsleistung entlassenen Personal der freiwilligen Krankenpflege hat Anspruch auf die Ausgleichsunterstützung. — Krankenkassenzustellen, sowie Kosten für ärztliche Behandlung, Krankenbesuche usw. die den Angehörigen

zigen zur Arbeit Entlassener bei Verbleiben im Felde gewährt worden wären, sind bei Ermittlung des Ausgleichs dem früheren Einkommen zuzurechnen.

Die Druckfehler... Sie schließen sich in jedes Druckwerk wie Unkraut in ein Kornfeld. Am liebsten und häufigsten aber suchen sie die Zeitungen auf, weil ihnen der Unterdruck insoweit der Schnelligkeit der Herstellung hier leichter ist. Wer sich über Druckfehler aufhält, möge hebersichtigen: Druckfehler sind Irrtümer, die weder der Setzer noch der Korrektor entdeckt, sondern merkwürdigerweise nur der Leser. Während manche Böcker für die Fehler ihrer Regierung büßen müssen, muß für den Druckfehler seines Blattes, den er nicht gemacht hat, der Redakteur büßen, und zwar doppelt: er kritisiert er sich selbst und dann ärgert ihn stehen gebliebene Leser mündelns. Druckfehler gehören zu den Eigenschaften jedes Druckzeugnisses, das in fliegender Eile oder Hast hergestellt werden muß; sie verhalten sich wie Kaffee zum Eisen, wie die Hefe zum Wein, nur mit dem Unterschied, daß vor dem Druck doch niemand weiß, ob sie fehlen oder sie da sein werden. Der Redakteur freilich kann davon sagen: Nur wer die Praxis kennt, weiß was im Leide! Solange multipliziert und gedruckt wird, wird es Schreib- und Druckfehler geben. Es scheint ein alter Kalenderreim am besten darauf zu passen:

Gib, Leser, nicht so leicht auf alle Fehler acht,
Denn niemals ist ein Blatt, und der, der es gemacht,
Und der, der es gelesen,
Von allen Fehlern frei gewesen.

In den Ruhestand. Der Senat hat beschlossen, den Direktor des Johannanneums, Professor Dr. phil. Julius Müller auf seinen Antrag vom 30. September 1917 in den Ruhestand zu versetzen.

Höchstpreise für Spinnpapier, Papiergarne und Bindfäden. Am 10. Juli ist eine Bekanntmachung betreffend Höchstpreise für Spinnpapier aller Art sowie Papiergarne und Bindfäden erlassen, durch die die bisher für die bezeichneten Gegenstände in Kraft gewesenen Bestimmungen der Bekanntmachung Nr. W. III, 4700/12, 16, R. N. A. abgeändert werden. Die neue Höchstpreisbekanntmachung enthält wesentliche Veränderungen gegenüber der bisher in Geltung gewesenen, die sich nicht nur auf die Höhe der Preise beziehen. Insbesondere sind die Höchstpreise abgeändert, je nachdem die Veranlagerung durch den Hersteller oder durch einen Händler erfolgt. Die Bekanntmachung enthält außer 2 Preistafeln eine ganze Reihe von Einzelbestimmungen. Ihr Wortlaut ist bei den Landratsämtern, Bürgermeisterämtern und Polizeibehörden einzusehen.

Verabreichte Höchstpreise für den Kleinhandel mit Frühkartoffeln. Vom 11. Juli 1917 ab darf beim Kleinhandel mit Frühkartoffeln ein Preis von 35 Pf. für 2 Pfund nicht überschritten werden.

Mord in den Hohenmeier Tannen. Der Landsturmann Brahmstedt, Arbeiter in Selmsdorf, hat in der Nacht zum Sonnabend seine Frau ermordet. Die Leiche wurde Sonnabend in den Hohenmeier Tannen zwischen Selmsdorf und Schilling aufgefunden. Der Mörder ist flüchtig, doch ist bei der Suche ein Brief gefunden, in dem der Täter mitteilt, was ihn veranlaßt hat, das Verbrechen auszuführen. Von anderer Seite hört man, daß die Ermordete nicht seine Ehefrau war, sondern daß er nur mit ihr zusammengelebt hat. Der Staatsanwalt aus Neustrelitz hat die Nachforschung beauftragt und den Tatbestand aufgenommen. Im Amtsblatt wird folgender Steckbrief erlassen: Gegen den Landsturmann Johann Theodor August Brahmstedt, welcher flüchtig ist, ist die Untersuchungskraft wegen Mordes verhängt. Beschreibung: Alter 46 Jahre, Größe 1,66, Statur mittelstark, Haare blond mit grau meliert, Augen blau, Nase gewöhnlich, Mund gewöhnlich, Part stark, blonden Schnurrbart, Gesicht voll, die verweilener, Sprache meist mecklenburger Platt. Besondere Kennzeichen: Zähne sehr gut, langen schwerfälligen Gang, Benehmen herausfordernd und großmütig. Kleidung: vermurte Landsturmann-Uniform (feldgrau, blaue Achselklappen mit Blechnummern (N. 33).

Abgelehnter Schiedspruch des Schlichtungsausschusses. Amtlich wird bekanntgegeben: In der Sache der Lübecker Hafnarbeiter gegen die Handelskammer zu Lübeck hat der Schlichtungsausschuss den Erlass des folgenden Schiedspruchs befohlen: Der zurzeit gültige Nachtrag zum Lohnarif der Hafnarbeiter Lübeck wird unter Beibehaltung im übrigen dahin geändert, daß der Tagelohn beträgt: M. 7,25 für den ganzen Tag, M. 3,55 für den dreiviertel Tag, M. 4,40 für den langen halben Tag, M. 3,30 für den kurzen halben Tag; die übrigen Sätze bleiben unberührt. Graf Reventlow, Vorsitzender, Georg Reimpell, Franz Daezolt, Paul Hinkeldey, Vertreter der Arbeitgeber: Heimr. Schler, Fern. Vogt, Dr. Mehlhorn, Vertreter der Arbeitnehmer. Die Antragsteller haben dem Schiedspruch nicht zugestimmt; die Handelskammer hat ihn angenommen.

Reiz „Kriegsmund“ im nächsten Winter. Die Reichsstelle für Gemüts- und Obf hat sich infolge der schlechten Erfahrungen mit dem durch Zusatz von Kohlrüben „gedrehtem“ Kriegsmund entschlossen, für das kommende Wirtschaftsjahr auf die Verwendung von Kohlrüben zur Marmeladenherstellung vollständig zu verzichten. — Darüber wird niemand betrübt sein, der im vorigen Winter Kriegsmund essen mußte.

Zur Aufstellungsbewegung bei der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft. Dadurch, daß die Gesellschaft den Angestellten freiwillig über den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses hinausgehend Urlaub bezim. Entschädigung für Urlaub, der nicht angerechnet werden kann in der Höhe des anteiligen Gehalts) entgegengekommen ist, wurde jetzt eine Einigung erzielt. Das Verfahren beim Kriegskant wurde daraufhin eingestellt.

Ein gefährlicher Stubengenosse des Menschen ist die Fliege, ein Unflut, den man bisher viel zu wenig gewürdigt und seiner wahren Bedeutung nach eingeschätzt hat. Heute kann es kaum einem Zweifel unterliegen, daß gerade durch die überaus umherfliegenden Fliegen gefährliche und anstehende Krankheiten übertragen werden. Erst in neuerer Zeit ist bei uns die richtige Einsicht zum Durchbruch gekommen. 1869 hat Rainbert die Uebertragung des Milzbrandes durch Stubenfliegen nachgewiesen, 1880 erkannte Laveran sie als Träger der eitrige Entzündung von Wunden verursachenden Bazillen, und 1888 wurde im Spanisch-Amerikanischen Kriege die Fliege als Uebermittlerin von Typhus-epidemien festgestellt. Eine Erfahrung, die sich auch im Burenkriege wieder bestätigte. Heute wissen wir, daß die Fliegen außer den schon genannten Krankheiten auch noch Durchfall, Cholera, Tuberkulose, Pocken, Scharlach, Diphtherie, Rückfalltyphus, Dylenterte, Augen- und Milzkrankheiten sowie Wurmtkrankheiten zu verschleppen vermögen, selbst den entsetzlichen Ausfall, für den man früher mit Unrecht die Miasmen verdächtigt hatte. Neufersich und innerlich sind sie mit Krankheitskeimen förmlich vollgepackt, da sie ja an den schmutzigsten Orten sich aufhalten und in dem Aussehen ihrer Nahrung ganz und gar nicht wählerisch sind. So seien wir in einem solchen zur Aufgabe gelangten, in jeder Beziehung jenseitigen Buch: Dr. Kurt Floeride, Plagegeister (Stuttgarter, Franckh'sche Verlagsbuchhandlung), in farbigem Umschlag 1 Mk., geb. 1,50 Mk. Der Verfasser führt in bekannter Anschaulichkeit das Heer jener kleinen menschlichen Plagegeister (Münze, Laus, Flob, Jete, Milbe, Fliege, Mücke) vor, deren Kenntnis schon aus gesundheitlichen Gründen Gemeingut unseres Volkes werden sollte. Seine fesselnden Ausführungen beleben zahlreiche im Hauptbuche eingetragene Erzählungen. Zahlreiche Abbildungen veranschaulichen den Inhalt und helfen ein Buch schaffen, dem allgemeine Verbreitung zu wünschen ist.

pb. Brandstiftung durch einen Schulknaben. Ermittelt und in Schutzhaft genommen wurde ein 12jähriger in Roggenhorst wohnhafter Schulknabe, der, weil er sich mit dem Nachbarsohn ergrübt hatte, vorsätzlich den Heuboden des Nachbarn in Brand setzte. Das rechtzeitig bemerkte Feuer konnte schnell von der Schönböckener Feuerwehr bekämpft werden, sodaß ein größerer Schaden abgewendet werden konnte. Der mit Heu, Stroh und sonstigen Futterstoffen gefüllte gemauerte Boden des 4 Familienfassenden Heubodens ist nicht mehr auszubrennen.

pb. Verhaftet wurde ein Maschinist aus Geesoh, der auf seiner Arbeitsstelle in Siems wiederholt Speiseöl gestohlen hatte. Bei einer Durchsichtung seiner Wohnung konnte noch eine größere Menge Öl beschlagnahmt werden.

pb. Ein Gewehr gestohlen. In der Zeit vom 5. bis 7. ds. Mts. ist aus einem Obstkasten in Straßdorf ein französisches Militär-Kadettengewehr mit aufziehbarem Kammern und Visier mit Klappe und Schieber gestohlen worden. Das kleinkalibrige Gewehr, dessen Schaft sich fast bis zur Mündung erstreckt, trägt an der rechten Seite des Kolbens den runden verzierten Brandstempel mit der Aufschrift: Modelle de L'Union Nationale Des Sociétés de Tir de France.

Harburg. Große Waldbrände haben am Sonntag und der darauf folgenden Nacht im Gebiete der Kreise Harburg und Wismar gewütet und einen unübersehbar Schaden verursacht. Leider ist auch der Verlust eines Menschenlebens zu beklagen. Die Entstehungsurache der zahlreichen Brände ist unbekannt, doch nimmt man an, daß sie wiederum auf die Unvorsichtigkeit von Ausflüglern und Viehweidenpflücker, die im Freien übernachteten, zurückzuführen ist. Im einzelnen wird dem „H. F.“ unter dem 9. Juli das Folgende gemeldet: Im Morgen 19 des Kl. der Waldes entstand nachts gegen 2 Uhr ein Waldbrand, der etwa drei Morgen 30- bis 40-jährigen Laub- und Nadelbestandes vernichtete. Bei Weesell im Kreise Wismar entstand gestern mittag, vermutlich aus gleicher Ursache, gleichfalls ein großer Waldbrand. Auf Ansuchen des dortigen Gemeindevorstehers ist eine Abteilung Harburger Pioniere zur Hilfeleistung nach dort abgefahren. Der Ausgangspunkt des Feuers war ein Heidekomplex in der Feldmark Olljen. Das Feuer breitete sich bei der Dürre ungemein schnell aus. Auch der königliche Wald Hauptkammerberg wurde vom Feuer ergriffen. Ferner ist ein Teil des Nantischuhparkes vom Feuer vernichtet worden. Die sehr gefährdeten Ortschaften Weesell und Menningen konnten gerettet werden. Hinter Menningen breitete sich das Feuer dann aber weiter aus. Hunderte von Menschen und viele Kriegsgefangene waren herbeigeeilt und haben sich an den Löscharbeiten beteiligt. Auch eine Abteilung von etwa 100 Harburger Pionieren hat an den Löscharbeiten teilgenommen. Schätzungsweise sind mehrere tausend Morgen Wald- und Heidebestand in Flammen aufgegangen und Millionenwerte vernichtet worden. Unerleichtlich sind die vielfach verbrannten Naturdenkmäler wie alte Wacholder. Auch ist der größte Teil der Tierwelt umgekommen. Das Klagen des Wildes, das sich nicht retten konnte, war unheimlich anzuhören. In der Kaubammer und im Garthorjer Forst wüteten ebenfalls Brände. Ebenfalls fand ein großer Waldbrand zwischen Lohse und Walle statt, wodurch große Waldbestände vernichtet worden sind. Hierbei ist ein alter Mann in den Flammen umgekommen.

Bremen. Krupp kauft die „Weiser-Zeitung“. Die bisher liberale „Weiser-Zeitung“ ist aus dem Besitz des Verlegers Schünemann in den der Bremer Auslands-Gesellschaft übergegangen. Ein bisher unabhängiges Blatt, das in der Geschichte der liberalen Presse zeitweilig eine rühmliche Rolle spielte, verliert damit sein eigenes Wesen und wird als dienendes Glied in die gewaltige Organisation eines großkapitalistischen Meinungstrübs eingegliedert. Die allmächtige Gesellschaft, der die „Weiser-Zeitung“ zum Opfer gefallen ist, wird in Zukunft Papier, Satz

und Inserate samt der dazu gehörigen öffentlichen Meinung liefern; ganz nach den Prinzipien des modernen industriellen Großbetriebes. Der Fall der „Weiser-Zeitung“, ein Fall in der doppelten Bedeutung des Wortes, sollte auf die ganze Öffentlichkeit, insbesondere auf jene Journalisten der bürgerlichen Presse, die nicht zu Soldbüchereien kapitalistischer Trübs herabstufen wollen, wie ein Alarm-Signal wirken. Wenn das Volk nicht durch eine gesündere öffentliche Meinung vergiftet, und wenn der Arbeitsmarkt der bürgerlichen Journalisten nicht völlig zum Sklavenmarkt werden soll, dann muß dieser unheilvollen Entwicklung Halt geboten werden. Die Presse empfindet heute schmerzhaft den Druck der Zensur. Aber was die Zensur der Presse zuzufügt, sind doch nur vergänglichste Kleinigkeiten gegenüber der Gefahr, die der Pressefreiheit von Seiten des Großkapitals droht. Will die bürgerliche Presse das Amt einer unbestechlichen Richter des öffentlichen Lebens nicht der sozialdemokratischen Presse allein überlassen, dann ist es höchste Zeit, daß sie gegen die Zensur Vertuschungsgefahr zur kräftigen Gegenwehr schreitet. Bisher hat man allerdings davon noch nichts bemerkt.

Bremen. Der Bremische Staatshaushalt für das Rechnungsjahr 1917 liegt jetzt in endgültiger Feststellung der Bürgerschaft vor. Er schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 31 337 553 Mark. Der auf 378 341 Mark veranschlagt gewesene Fehlbetrag hat sich durch Abänderungsbeschlüsse auf 401 919 Mk. erhöht. Mit dem Antrag auf Erhöhung der Gaspreise ist nun auch hier von der zuständigen Deputation an Senat und Bürgerschaft herangetretten worden. Das enorme Steigen der Kohlenpreise und ein starker Rückgang in dem Ertrags der städtischen Gaswerke sind als Grund angegeben. Der Gaspreis soll um 2,5 Pfg. pro Kubikmeter von 13,5 auf 16 Pfg., für auf Münzgasmesser entnommenes Gas auf 17 Pfg. steigen.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 9. Juli. (Amstsch.) Einem unserer Unterseeboote hat im Atlantischen Ozean wiederum 31 500 Kinto-Registertonnen vernichtet.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich das bewaffnete englische Hilfskriegsschiff „Sylvia“ (1 Offizier gefangen genommen), bewaffneter englischer Dampfer „Amatura“ mit Stückgutladung, ein bewaffneter englischer Dampfer vom Aussehen des Dampfers „Minnewaska“, zwei große unbekannte Dampfer, davon einer bewaffnet, der andere mit Munitionsladung.

Nach Aussage des gefangenen englischen Offiziers sollte die „Sylvia“ das letzte englische U-Boot aus Amerika holen. Der für das U-Boot bestimmte Kommandant wurde durch einen Treffer getötet. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Die innere Krise.

Berlin, 10. Juli. Die hiesigen Morgenblätter ergehen sich über die innerpolitischen Vorgänge und den gestrigen Kronrat beim Kaiser in den verschiedensten Vermutungen. So schreibt das „Berl. Tagebl.“ zum Kronrat, daß dieser von nachmittags 6 Uhr

bis nach 8 Uhr abends abauerte. In politischen Kreisen wird angenommen, daß die Situation sich über die Frage der inkompetenten Neugefaltung zu einem kaum überbrückbaren Gegenstand zwischen dem Reichskanzler und der Mehrheit der Reichstages Staatsminister zugepunkt hat. Nach Schluß der Kronratsitzung weifte der Kaiser noch bis in die 12. Stunde beim Reichskanzler.

Wie der „Berl. Bot.-Anz.“ erfahren haben will, hat die national-liberale Fraktion des Reichstages gestern einstimmig eine Resolution gegen den Reichskanzler beschlossen, in der zum Ausdruck gelangen dürfte, daß er ihr Vertrauen nicht besitze. Genau so ist die zunächst interne Auffassung bei den anderen Parteien mit Ausnahme der fortschrittlichen Volkspartei, die aber eine bedeutungslose Minderheit darstellt. — Wir begrüßen diese Darstellung lebhaft, schreibt der „Berl. Bot.-Anz.“ weiter, weil wir von ihr die einzig nützliche Lösung der durch den Reichskanzler vollkommen verfahrenen äußeren und inneren politischen Lage erhoffen.

Wie dem „Vorwärts“ in später Abendstunde mitgeteilt wird, droht die Kriegszielkündigung des Reichstages an dem ungeschliffenen Verhalten der National-Liberalen zu scheitern. Auch nach dem Ausscheiden der National-Liberalen würde eine starke Mehrheit für die vereinbarte Erklärung übrig bleiben. Das Zentrum erklärte jedoch, seine Zustimmung zu ihr von der Mitwirkung der National-Liberalen abhängig zu machen. Unabhängig von dem Schicksal der geplanten Kundgebung werden die Bestrebungen zur Parlamentarisierung der Regierung weiter fortgesetzt. Die National-Liberalen zeigen an ihnen lebhaftes Interesse, da ein sehr harter Teil der Fraktion einen Personalwechsel an der höchsten verantwortlichen Stelle für unbedingt nötig hält. Nach demselben Blatte verlaute gestern mit großer Bestimmtheit im Reichstage, daß die preussische Regierung sich entschlossen habe, dem Landtage im Herbst eine Wahlrechtsvorlage zu unterbreiten, die das allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlrecht in Vorschlag bringe.

Der Verfassungsausgleich ist infolge der kritischen Verhandlungen des Hauptauschusses zu keiner Sitzung gekommen. Ueber die Fassung der Wahlrechtsresolution soll nach Mitteilung bürgerlicher Blätter zwischen den Parteien eine Einigung erzielt worden sein. Bekündigt sich indessen die Nachricht, daß die preussische Regierung ohnehin im Herbst die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen beabsichtigt, so verliert die hart umstrittene Entscheidung viel von ihrer ursprünglichen Bedeutung.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Steiling, Vorleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Bekanntmachung

betreffend Höchstpreise für den Kleinhandel mit Frühkartoffeln.

Vom 11. Juli 1917 ab darf beim Kleinhandel mit Frühkartoffeln ein Preis von 85 Pfg. für 2 Pfund nicht überschritten werden.

Wer den festgesetzten Höchstpreis überschreitet, wird auf Grund des § 4 des Hochpreisgesetzes mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark bestraft.

Lübeck, den 9. Juli 1917.

1739

Das Polizeiamt.

Eine Bekanntmachung betreffend „Höchstpreise für Spinner aller Art sowie für Wasergarne und Papierbindfäden“ vom 30. Juni 1917 — Nr. W. III. 700.5. 17 KKA. — wird heute durch die amtlichen Zeitungen (Regierungs-, Amts- und Kreisblätter) sowie durch die Polizeibehörden veröffentlicht.

Lübeck, den 10. Juli 1917.

Erllberitt. Generalkommando IX. A.-R.



Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Lübeck.

In dem blutigen Weltkriege seien als weitere Opfer unsere Kollegen, die Maurer

Carl Drews
Hugo Koch
Willy Ehmke
Adolf Burmester.

Wir werden denselben stets ein ehrendes Andenken bewahren.

1740

Der Zweigvereinsvorstand.

Ganz plötzlich und unerwartet erblinden mit die neunjährige Nachbarn, das unter einzigen geliebter Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Pionier

Johannes Möller

im hiesigen Alter von 24 Jahren dem grausamen Siege am 1. Juli sein Leben hingeben mußte.

Im städt. Theater (1738)

Heinrich Möller u. Frau.

Lübeck, den 10. Juli 1917.

Die Frau des Verstorbenen

Danksagung.

Für die uns erzielte innige Teilnahme beim Helmenode unserer geliebten Sohnes Hans sagen wir allen unseren herzlichsten Dank.

Lübeck, den 10. Juli 1917.

Ludw. Dechow und Frau.

Ludwig Frösch, Schiffbau-Gesellschaft, 97 (1738) dankt für die vielen in seinem Hause bewiesenen Freundschaften.

Zu Lichtbilder-Vorführung.

Für den 10. Juli 1917

H. Götz, Engländerstr. 37.

Lübeckische Beleihungskasse für Hypotheken.

Geschäftsstelle: (1731) Fleischhauerstraße 18, Zimmer 6.

Deutscher Transportarbeiterverband

Verwaltungsstelle Mölln i. Lg.

Nach langem schwerem Krankenlager hat gestern unter langjähriger Kollege, der Produzentenhändler

Karl Schulz

in Mölln.

Wir werden seiner in Ehren gedenken. (1743) Beerdigung Mittwoch nachmittag.

Mölln, den 9. Juli 1917.

Verwaltungsstelle Mölln.

Zum baldigen Eintritte suchen wir

(1734)

stadtkundigen Arbeiter

als Begleitmann des Stückgutwagens.

H. F. Meiners

G. m. b. H.

Bachstraße 57-61.

M. Marcks (1735)

Zahn-Praxis

Breite Straße 56.

Schmerzloses Einsetzen künstl. Zähne ohne Herausnahme der Wurzeln unter Garantie der Brauchbarkeit beim Essen.

Täglich:

Platzverkauf von

Braunkohlen und Holz.

Heinr. Boye, Lindenstr. 17a.

Preisversteiger. 913. (1732)

Großindustrie und

Kriegswirkungen.

Von Richard Wolde

Preis 10 Pfg.

Buchh. Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

In Freien Stunden



Am 1. Juli bietet sich die Gelegenheit, Abonnent der „Freien Stunden“ zu werden, da ein neuer Roman beginnt. Auch während der schweren Kriegszeit ist diese Zeitschrift ein guter Kamerad geblieben, namentlich den vielen Frauen, die von den schweren Sorgen der Gegenwart eine Spanne Vergessenheit und Erholung suchen. „Aus eigener Kraft“ heißt der Roman, der zum Abdruck kommt, und als zweite Erzählung „Die Prairie am Sociato“, eine Schilderung aus dem wilden Westen Amerikas. Daneben folgen volkstümliche, illustrierte Aufsätze aus allen Wissensgebieten, Rätsel, Winke für Haus und Küche für die notwendige Abwechslung des Lesestoffes und für die praktischen Bedürfnisse der Hausfrau.

Wöchentlich erscheint ein Heft für 15 Pfennig

Zu beziehen durch:

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46 und den Austrägerinnen.

Ich bestelle hierdurch „In Freien Stunden“, wöchentlich ein Heft für 15 Pfennig.

Name: _____

Ort: _____

Straße: _____

(Der Bestellzettel ist ausgefüllt dem Zeichnungsboten mitzugeben.)

Feldpostarten

10 Stück 10 Pfennig

hält vorrätig

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.,

Johannisstraße 46.

Deutsch - Polnisch.

Sprachbüchlein für Feldsoldaten.

— Preis 15 Pfg. —

Deutsch-russischer Soldatensprachführer.

— Preis 20 Pfg. —

Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Visitenkarten

liefert schnellstens

Buchdr. Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Sozialdemokratische Frauen.

1741

Zusammenkunft

am Mittwoch, dem 11. Juli

abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50-52.

Festsetzung der Aufträge.

(1735) Die Einberuferin.

Hansa-Theater.

Heute abend:

Letztes Gastspiel d. Charakter-

darstellers Alfred Maack

mit seiner Gesellschaft:

Mudder Mews.

1741

Stadthallen-

Sommertheater

Dienstag, den 10. Juli 1917:

Die Landstreicher.

Mittwoch, den 11. Juli 1917:

Die Puppe.

Donnerstag, den 12. Juli 1917:

Uraufführung

Gastspiel von Eva Grön vom

Deutschen Theater, Hannover:

Der Redaktionsengel.

Ein heiteres Spiel in 3 Akten

von Jani Fiala.

Anfang der Vorstellungen

8 Uhr.

Bürgerliche Preßstimmen zur inneren Krise.

Alle führenden Blätter der bürgerlichen Parteien beschäftigen sich lebhaft mit der Krise in der inneren Politik Deutschlands. Mit Ausnahme der nationalliberalen Blätter sind sich die übrigen bürgerlichen Parteiorgane darin einig, daß die Regierung Farbe bekennen muß; die Meinungen gehen nur in den Kriegsziele und hinsichtlich des Zeitpunktes der Neuorientierung auseinander. Während die rechtsstehenden Blätter einen „deutschen Frieden“ erstreben und die Neuorientierung hinauschieben wollen, verfechten die linksstehenden Blätter einen Verständigungsfrieden und die sofortige Neuorientierung.

Zunächst sei noch einiges über die Verhandlungen des Hauptauschusses des Reichstages und aus dem Reichstage selbst mitgeteilt. Der offizielle Bericht über die Hauptauschussung vom Sonnabend besagt nur, daß der Ausschuss, nachdem im Anschluß an die Ausführungen des Reichskanzlers noch mehrere Abgeordnete gesprochen hatten, nach 2 Uhr nachmittags die Weiterberatung auf Montag vormittag vertagt habe. Das „Berliner Tagebl.“ fügt dem hinzu, daß der Zentrumsabgeordnete Lehmann eine sehr eindrucksvolle Rede hielt, in der er seinem Parteigenossen Erzberger rückhaltlos zustimmte. Die weiteren Reden, insbesondere die Darlegungen des Abg. Dittmann von der Unabh. Sozialdemokratie ergaben wesentliche Momente nicht mehr. Kurze Zeit nach Schluß der Ausschussdebatten traten die Führer der Fraktionen, mit Ausnahme der Konservativen und der Unabhängigen Sozialdemokraten, zu einer längeren vertraulichen Besprechung zusammen. Man kam dabei überein, sich auf eine gemeinsame Entschliebung zu einigen, zu der der Reichstag dann im Plenum des Reichstages Stellung nehmen soll. Die Anregung dazu hatte der Abg. Erzberger mit seiner Forderung im Hauptauschuss gegeben, daß die Regierung und der Reichstag sich wieder zur Politik des 1. August 1914 bekennen, d. h. ausdrücklich hervorheben sollte, daß Deutschland nur einen Verteidigungskrieg führe. Abzulehnen wäre natürlich der Gedanke, daß die Parteien sich damit begnügen sollten, ihre Zustimmung zu einer von seiten des Reichskanzlers kommenden Erklärung auszusprechen. Die einzige Formel ist bereits, soweit sie die Friedensfrage betrifft, so ziemlich fertiggestellt. Schwierigkeiten bestehen noch bei dem annexionspolitischen Flügel der Nationalliberalen. Dagegen steht das Zentrum erstlich, mit Ausnahme einiger Mitglieder, geschlossen auf dem Standpunkt, den Erzberger entwickelt hat. — In der zweiten, eng mit dem Friedensproblem zusammenhängenden Frage, der Frage der sofortigen inneren Neugestaltung, der Einführung des parlamentarischen Systems, haben die Parteien am Sonnabend noch nicht eine gemeinsame Erklärung vereinbart. Diese Frage wird am Sonntag erörtert werden. Wir halten sie, so bemerkt das Tageblatt, wenn man die Wiederherstellung des Friedens ernstlich beschleunigen will, für mindestens so wichtig, und für fast noch wichtiger, als eine Abweisung der Annexionspolitik. Voraussetzung ist dabei, daß man sich nicht mit Halbheiten begnügt, sondern mit klarer Entschlossenheit Verhältnisse schafft, die das deutsche Volk politisch auf die gleiche Stufe mit den anderen Kulturvölkern stellen. Es liegt sowohl im Interesse des Volkes, wie im Interesse der Krone, unabweislich auszusprechen, daß in Zukunft Regierungen im Einverständnis mit der Volksvertretung ernannt werden, in allen wichtigen Angelegenheiten durch das Vertrauensvotum der Volksvertretung gestützt sein müssen, und daß die Lebensfragen der Nation nur im rechtzeitigen Zusammenwirken mit der Volksvertretung gelöst werden können. Der Reichskanzler, Herr v. Bethmann-Hollweg, hat mit seiner gestrigen Rede im Hauptauschuss, über die ein Bericht nicht ausgegeben wird, kaum irgend jemand befriedigt. Er hat ausweichend gesprochen, und es in der Friedensfrage vermieden, sich irgendwie festzulegen. Das Gerücht, daß ein Kanzlerwechsel zu erwarten sei, erhielt sich in parlamentarischen Kreisen auch Sonnabend abend.

In einem Artikel des „Berl. Tagebl.“ vom Sonnabendmorgen schrieb Staatssekretär a. D. Dernburg, er halte den Kanzler für einen ersthaften Freund der Neuorientierung; er habe auch die Ueberzeugung, daß die Neuorientierung alsbald erfolgen müsse.

Die „Germania“ wendet sich zunächst gegen die Blätter, die die Vorgänge im Ausschuss „sensational“ behandeln. Das Blatt konstatiert, daß die Ausführungen Erzbergers der Ausgangspunkt „der links und rechts bemerkbaren Versäuflichkeit“ waren, und diese Ausführungen hätten vor allem den Reichskanzler veranlaßt, im Ausschuss zu erscheinen. Die Ausschussverhandlungen werden am Montag fortgesetzt; soviel lasse sich aber schon sagen, daß das Eingreifen des Kanzlers beruhigend gewirkt und der Ueberpannung der Dinge, zu der ein Teil der Presse neigte, die Spitze abgebrochen sein dürfte. Besonders erfreulich sei das in bezug auf die angeschnittene Frage der Kriegführung, wegen der die Blätter leider keine Bedenken getragen haben, durch Andeutungen, Kombinationen und Erfindungen im In- und Ausland die Meinung zu erwecken, als ständen wir vor einem kritischen Wendepunkt des Krieges. Auf der anderen Seite sei freilich aus den Vorgängen am Sonnabend und Sonntag auch nicht zu verkennen, daß in den parlamentarischen Kreisen die Tendenzen der Linken an Nachdruck, ja selbst an Boden gewonnen haben. Kriegspolitisch könnte das vielleicht zu einer neuen klaren Betonung des Verteidigungscharakters des von uns geführten Krieges führen mit allen Konsequenzen, die daraus für unser Kriegsziel gezogen zu werden vermögen. Innerpolitisch aber erhebt die Linke ihre Forderungen energischer denn je.

Der „Berl. Volksanz.“ bemerkt in seiner Uebersicht vom Sonnabend abend zur Sache: „Niemand kann darüber im Zweifel sein, daß mit dieser neuen Lage ein kritischer Zeitpunkt allerersten Ranges für das Deutsche Reich angebrochen ist. Ein längeres Ausweichen zwischen den Anschauungen und Forderungen, die unausgesetzt auf unsere Reichsleitung einwirken, und ihre Gewalt umso mehr verstärkt haben, je vorsichtiger der Reichskanzler eine bestimmte Stellungnahme bisher stets zu vermeiden gesucht hat, ist nun nicht mehr möglich. Jetzt muß Farbe bekant werden, jetzt muß das deutsche Volk vor die Wahl gestellt werden, welchen Weg es gehen soll, um nach dreijährigem schweren Ringen nicht um die Friede aller seiner Opfer und Anstrengungen gebracht zu werden.“ — In der Sonntag-Ausgabe des „Volks-Anz.“ wird gesagt: „Die Unklarheit über die Ziele, denen wir zusteuern, beginnt allgemach den Siegeswillen aus den Augusttagen 1914 zu lähmen, ja zu ertöten. Diesen brauchen wir jetzt in dem letzten entscheidenden Abschnitt des Krieges nötiger als je. . . . Bei den Friedensverhandlungen darf unsere Politik nicht versagen. Darum geht ein so ungeheures Schien durch unser Volk, eine kraftvolle und endliche einmal kundige Politik nach außen herab zu leben.“

Die „Wojtsche Zeitung“ brachte am Sonnabend und Sonntag Artikel von Bernhard über die politische Lage. Am Sonnabend schrieb dieser unter der Ueberschrift „Systemwechsel“: „Auch den Verfehrn unserer Reichsregierung ist es kein Geheimnis mehr, daß die Spannung innerhalb der politischen interessierten Kreise den höchsten Grad erreicht hat.“

Es haben sich, seitdem der Reichstag das letzte Mal zusammen war, so viele Dinge ereignet und so viele Umstände verändert, daß der Reichstag unter einem gewissen Zwange steht, endlich einmal, statt Reden zu halten, auch Taten zu vollbringen. Wenn er auch jetzt wieder stumm und schnell auseinandergegangen wäre, so hätte er nicht nur sein Ansehen im Volk geschädigt; noch Schlimmeres stand auf dem Spiel, er würde die Zukunft des Reiches selbst in Gefahr gebracht haben. Niemand kann sich der Einsicht verweigern, daß die öffentliche Meinung müde ist, noch weiter der Art und Weise ruhig zuzusehen, in der das deutsche Staatsjährt jetzt gesteuert wird.“ — Und in der Sonntagnummer der „Wojts. Ztg.“ bemerkt Bernhard: „Die Entscheidung des Reichstages richtet über Deutschlands Zukunft. In seiner Hand liegt es, ein System zu ändern, das schon um desswillen nicht weiter bestehen kann, weil man links und rechts gleichermaßen mit ihm unzufrieden ist. Man kann in Deutsch-

land — wie überall — mit den rechten Parteien regieren. Aber gegen rechts und gegen links zu regieren, ist ein Beginnen, das absurd ist. In dieser absurden Lage aber befindet sich die deutsche Reichsregierung in Permanenz. . . . Der Zustand, in dem wir augenblicklich leben, ist unerträglich. Wir wissen, wir sind stark in der Kraft. Aber sind wir auch stark im Geiste, der nötig ist, um die Erfolge der Kraft in politische Wirkung umzusetzen? Diese Frage muß sich der Reichstag in erster Linie vorlegen.“

Von den rechtsstehenden Blättern registrieren wir folgende Stimmen: Die „Kreuzzeitung“ schreibt: „Sieg oder Verzichtsriede, das ist offenbar die große Frage des Augenblicks. Der Versuch, den Kanzler für die zweite Möglichkeit endgültig festzulegen, kommt nicht von ungefähr. . . . Was amtlich über die Verhandlungen des Hauptauschusses berichtet worden ist, gibt kein Bild von ihrer wirklichen Bedeutung; was außeramtlich davon in der Presse durchgesickert ist, entbehrt wiederum der Zuverlässigkeit und ist in Einzelheiten, wie wir wissen, unzutreffend. So hat beispielsweise Graf Westarp bei aller Schärfe, mit der er gegen die Ausführungen des Abg. Erzberger Stellung nahm, das ihm in der Presse zugeschriebene Bild vom Tischstuhlerhaken nicht gebraucht. . . . Hat der Abg. Erzberger sich in dem angeedeuteten Sinne ausgesprochen, so wäre sein Verhalten deshalb so tief beklagenswert, weil es von unseren Gegnern nicht anders als dahin gedeutet werden kann, daß nun auch politische Vertreter des Bürgerturns bei uns die Nerven zu verlieren beginnen. . . . Der Kanzler scheint die Erzbergerischen Forderungen abgewiesen zu haben. Wenigstens muß man das nach der Inhaltsangabe des „Berl. Tagebl.“ annehmen. Leider kann diese Ablehnung den Schaden, der durch die Erzbergerische Rede entstanden ist, nicht wieder gutmachen. Die beiden vergangenen Tage sind und bleiben schwarze Tage in der Geschichte des Reichstages.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ äußert sich in ähnlichem Sinne. Weiter schreibt sie: „Es handelt sich um Sieg oder Vernichtung des Deutschen Reiches, es handelt sich um die entscheidende Periode des Krieges, und da könnte es Leute geben, die erklären, die Sache dauere nun zu lange, eine kürzere Dauer des U-Boot-Krieges sei vorausgesetzt worden, also mache man nicht mehr mit! Wir glauben, daß es kein kriegführendes Land der Welt gibt, in dessen Parlament sich ein ähnlicher Vorgang abspielen könnte, der den Gegnern ein so belustigendes und erzieulisches Schauspiel bietet, im eigenen Lande aber bitteres Bedauern wegen der großen Nachteile und Beschädigungen, wegen der Wirtschaftscherechnung erwecken muß. . . . Die deutsche Kriegführung ist es gewesen, welche mit ungeheurem, wachsendem Kraftaufwande jeder neuen politischen Lage sich gewachsen und überlegen gezeigt hat. Um kurz zu sein: Die Leitung liegt bei der Militärseite, nicht bei der Zivilseite. . . . Man verlangt einen „Verständigungsfrieden“, obgleich man wissen möchte, daß eine solche „Verständigung“, eierlei, in welche Form sie sich kleiden mag, Niederlage und Ruin für das Deutsche Reich bedeuten muß und bedeuten würde. — Die entscheidende Fragestellung wegen der Kriegsziele mußte einmal kommen.“

Die „Post“: „Daß überhaupt Tage kommen könnten, wie die beiden eben vergangenen, ist unmittelbare Folge der schwachen und unentschiedenen Politik, mit der die Reichsleitung die inneren Gegenstände auf die Dauer überbrücken zu können vermeinte. Wie die Spannung dieser Tage sich lösen wird, unterliegt vor allem Bedingungen, über die die Regierung Herr ist. Der endgültige Ausgang ist ungewiß. Das deutsche Volk aber tut gut, wenn in seiner politischen Oberhäuflichkeit Geistes der Unruhe umgehen, selbst den Kopf eben zu behalten.“

Die alldeutschen „Berl. Neuezt. Nachr.“ hoffen zuversichtlich, daß die Zeit der schwachen Regierung ein Ende hat und daß diejenigen, die sich noch einmal am Volk verurteilenden wollen, von der Strafe schnell ereilt werden.

Die „Tägl. Rundschau“ fügt ihren Ausführungen eine persönliche Spitze gegen Erzberger hinzu und der fromme „Reichsbote“ heißt auf Hindenburg und Ludendorff.

Es sauft das Rad . . .

Eine Erzählung aus dem amerikanischen Arbeiterleben.
Von Dorothy Richardson.
Einzig berechnigte Uebersetzung von Werner Peter Larsen.

28. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Sie sind mit dem Barbierwagen hergekommen?“ fragt ein halbwegsüßiges Mädchen und sah mich neugierig an. Ich verstand nicht, was sie eigentlich meinte, und sie wiederholte ihre Frage noch einmal.

„Was meint sie eigentlich?“ fragte ich eine andere. „Was meint, ob Sie in dem Wagen mit Tom gekommen sind.“

„Nein, wer ist Tom?“

„O, der Tom ist eigentlich Barbier, aber wenn sie hier gerade Leute gebrauchen, dann fährt er mit dem Wagen aus und lädt sie alle zusammen, die er irgend auslesen kann, und dann ladet er sie hier ab. Er hat heute drei Ladungen eingbracht und deshalb haben wir geglaubt, Sie seien auch dabei gewesen. Wir beide hatten gerade geschlafen“, fügte sie hinzu, und zeigte auf ein Mädchen, das an der Wand hingelehnt sah und mit weitgeöffnetem Munde schnarchte. Dann verkehrte sie einer Nachbarin einen derben Puff; sie sollte Platz machen, damit ich neben ihr zu sitzen käme.

„Haben Sie schon mal die Arbeit gemacht?“ fragte sie.

„Nein, Sie?“

Sie lachte hart auf, hob den Kermel ihres Kinos zurück und zeigte mir, wie ich entsetzt zurückfuhr, einen Armstumpf, an dem die Hand fehlte.

„Es ist nicht so gefährlich“, sagte sie und lächelte, „das passiert alle Tage, wenn man jemanden an die Dampfrolle stellt, der müde ist, wie ein Hund, und so ist es mir eben auch gegangen. Es war an einem Sonnabend abend, und ich war so abgeradert, daß ich kaum mehr die Augen aufhalten konnte, und da mit einem Male — schwupp! — ist die Hand in der Maschine.“

So müde war ich! Und geessen hatte ich den ganzen Tag nicht einen Bissen — nichts als eine flache Ingwerbier wegen der Glut — und doch sagte der Chef, ich sei ganz einfach besoffen gewesen und brachte den Vorarbeiter schließlich dazu, das gleiche zu sagen, und da habe ich es denn gar nicht erst versucht, etwas von der Unfallversicherung zu bekommen. . . . Sie haben mich dann ins Spital geschickt und gesagt, wenn ich so weit sei, könne ich meine Stelle wieder bekommen; aber ich habe ihnen gesagt, wenn sie das mit der Besoffenheit nicht zurücknehmen und mit wenigstens eine kleine Entschädigung zahlen wollten, dann kann ich meine vier Dollars schließlich auch anderswo verdienen! . . .

Nach ehe ich Zeit hatte, sie zu fragen, wie sie mit nur einer Hand die Arbeit bewältigen könne, trat der Vorarbeiter wieder ein und führte uns an langen Reihen von Kübeln, Körben und Rollen vorbei an das andere Ende des Saales, wo wir in Gruppen von fünf und sechs an langen Tischen verteilt wurden. Auf diesen lagen ganze Berge von nasser Wäsche aufgeschichtet, die hierher direkt aus den Bringmaschinen kamen. Eine alte Frau mit gebeugtem Rücken sollte uns das „Zusammensetzen“ beibringen.

„Da nimmt man also den einen Zipfel hier — so — schlägt ihn um — so — faltet noch einmal — fertig! Und dann immer akkurat ein Stück auf das andere!“ Das war die ganze Kunst und die ganze Belehrung, und sie kümmerte sich nicht weiter um uns, sondern begann mit ihrer Nachbarin zu schwätzen. Diese war auch bereits eine alte Frau, die die ganze Zeit über auf das Gesindel schimpfte, mit dem anständige Menschen denutztag zusammenarbeiten mühten; und es besonders auf die Neger abgesehen hatte, die ganz in der Nähe arbeiteten, sich durch ihre Feindseligkeit jedoch keineswegs beirren ließen.

In der ersten halben Stunde legte ich Servietten eines kleinen Kaffeehaues zusammen, dann Bestücken eines bekannten Fetels. Meine Augen hatten sich nun schon so weit an den heißen Dampf gewöhnt, daß ich wenigstens meine Umgebung einigermaßen unterscheiden konnte. In dem ganzen Saal arbeiteten ausschließlich Frauen, mit Ausnahme der fünf rüden Neger, die an den Waschtischen und Bringmaschinen arbeiteten und nur mit einem dünnen Lederbusch bekleidet, den Eindrud von schwarzen Teufeln machten, wenn sie an den mächtigen Kesseln hantierten, aus denen der Seifenschaum in großen Felsen emporsprang.

Sie fächten die Wäsche mit großer Hast heraus, ließen sie durch die Bringmaschine und warfen sie dann in bereitstehende Handwagen, die von jungen Arbeiterinnen zu den Tischen der Zusammenlegerinnen gehoben wurden. War die Wäsche dann dort zusammengelegt, so fuhr sie weiter zu den Kollmädchen, die sie durch heiße Eisenwalzen laufen ließen, so daß sie in einem gerollt und auch geplättet wurden. Danach wurde sie sortiert, sauber zusammengelegt und verpackt.

Als ich eine Stunde lang zusammengelegt hatte, begannen meine Arme zu schmerzen, und um die Schmerzen zu verjagen, betrachtete ich mit meine acht Arbeitskolleginnen etwas genauer. Vier darunter waren Italienerinnen im Alter von fünfzehn bis fünfundsiebzig, die selbst in dieser Umgebung noch auffallend unintelligent ausahen; daneben stand ein großes, schlankes Mädchen mit schlangenförmigen Händen, das sehr schön zu nennen gewesen wäre, hätte sie nicht nur ein Auge gehabt. Dann kam eine dicke Frau in einem kurzen Unterrod, die sehr

fromm war und es deshalb verschmähte, an dem allgemeinen Gespräch teilzunehmen, und schließlich noch die beiden Alten neben mir, die auf Gott und die ganze Welt, vor allem aber auf die neuen Arbeiterinnen schimpften und in den Pausen ein Stüchchen Kuchen oder eine Prife nahmen. Ich hatte versucht, mit ihnen ins Gespräch zu kommen, aber sie antworteten mir nicht, und die eine von ihnen, Mrs. Mooney, sich sogar mit ihrem spitzigen Ellenbogen feindselig nach mir, sobald ich in ihre Nähe kam; es war deshalb wohl also das Natamite, wenn ich für mich selbst blieb. Inzwischen wurde ringsum lebhaft geschwätzt, besonders von der „Königin“, einem blonden, jungen Mädchen, von herrlicher Gestalt, von der es hieß, sie sei eine wahre Schönheit, wenn sie nur auch noch in anderen Kleidern hüten würde. Nun aber ging sie in durchlöcherter Strümpfen und hatte eine häßliche, zerhandene, schwarze Bluse an, die auch nicht einmal ordentlich sah. Aber schon ist sie doch“, jagten die anderen, „und sie wird bestimmt ihren Weg machen. . . .“

Den Namen „Königin“ hatte ihr der Chef selbst gegeben, und die anderen zuckelten sich zu, daß sie arg verliert in ihr sei. Sie war die rechte Hand des Vorarbeiters und führte, wenn er nicht da war, die Aufsicht, legte jedoch auch überall selbst Hand mit an; bald hantierte sie mit den Negern an den Kesseln, bald hob sie die Wäschewagen umher oder warf uns die Wäsche in großen Bündeln auf die Tische. Sie scherzte und lachte die ganze Zeit über, aber sie packte uns hart an. Sie hatte sieben Jahre in der Wäscherei gearbeitet und mehr geschuftet, als irgendeine andere, und merkwürdig; sie sah dennoch frisch und strahlend aus, als hätte sie überhaupt niemals erfahren, was Arbeit eigentlich bedeutet. Sie gefiel mir, obwohl sie streng war, und auch die anderen mochten sie gerne, wenn sie auch häufig über sie schimpften.

„Sind Sie auch müde?“ fragte mich das Mädchen mit dem einen Auge.

„Ja, ich bin die Arbeit noch nicht gewöhnt.“

„Die Arbeit ist schwer“, sagte sie, „ganz besonders im Anfang, aber dafür hat eine hüte Zusammenlegerin das ganze Jahr über zu tun.“

Die beiden Alten wurden aufmerksam.

„Sind Sie mit dem Tom gekommen?“ fragte Mrs. Mooney nach einer Weile.

„Nein“, antworteten wir beide.

„Das isten ihr zu gefallen und sie sagte, Gott sei Dank, dann seien wir doch wenigstens also nicht solch ein Gesindel.“

„Was hat denn du mit deinem Auge gemacht?“ fragte die andere Alte die Einzige.

(Fortsetzung folgt.)

Deutscher Reichstag.

Berlin, 9. Juli 1917.

113. Sitzung, Nachmittags 3 Uhr.

Im Bundesrat: Dr. Helfferich, Batocki. Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Antrich und Genossen (Soz.) betreffs der Missetate auf dem Obst- und Gemüsemarkt...

Staatssekretär Dr. Helfferich erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit. Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort Hg. Hoch (Soz.): Meine Anfrage bezieht sich zunächst die geradezu unentbehrlichen Missetate auf dem Obst- und Gemüsemarkt...

In komme zu unserer Frage betreffs der Kohlenversorgung. Lassen Sie uns nicht von hier weggehen, ohne uns genauer Angaben zu machen. Der Staatssekretär hat erklärt, es werde alles getan, um die Förderung zu haben...

Man aber nicht bis zum 1. Oktober warten, hier wird bei den Kriegsmassnahmen überhaupt heißt es: Schnell handeln! (Beifall bei den Soz.)

Staatssekretär Dr. Helfferich: Beim Obst- und Gemüsebau erkennt die Reichleitung die Schwere der Situation an. Sie übersteht auch nicht die Mängel der Organisation, aber die Hauptursache der Schwierigkeiten ist die große Dürre der letzten Wochen...

Präsident des Kriegsernährungsamtes v. Batocki legt zunächst die vom Kriegsernährungsamt ergriffenen Maßnahmen zur Verjorgung mit Obst und Gemüse dar. Die Produktion ist erheblich gesteigert worden. Die Lieferungsverträge umfassen 360 000 Wagen...

Auf Antrag des Abg. Scheidemann (Soz.) wird die Beantwortung der Interpellation beschlossen.

Abg. Giesheris (Zent.): Die elende Preistreiberei auf dem Gemüsemarkt, die wir jetzt haben, ist ein Produkt unserer Preispolitik. Man kann unmöglich alle die Händler und Frauen einreden, die die Höchstpreise überschreiten...

Die Debatte wird vertagt. Nächste Sitzung: Mittwoch, 11. Juli, 3 Uhr. (Debatte über andere und innerpolit. Angelegenheiten.)

In der Erklärung heißt es: Selbst Vanderveelde, der drei Wochen vor Ausbruch des Krieges plötzlich nach Petersburg gereist sei, um dort mit der Regierung des Zaren zu beraten...

Ernährungsfragen.

Erhöhung des Brotpreises? Nach Berliner Blättern steht anlässlich der Erhöhung der Preise für die Tonne Roggen auf 270 Mk. und für die Tonne Weizen auf 290 Mk. (diese Sätze beziehen sich auf den Höchstpreisbezirk Berlin) auch eine Erhöhung des Mehl- und Brotpreises bevor...

Militärisches Einschreiten gegen das Zurückhalten von Gemüse. Die auffallend geringe Beschickung des Gemüsemarktes in Danzig seit der Festsetzung von Höchstpreisen veranlasste die Kommandantur zur Androhung der militärischen Überleitung...

Die argentinische Ernte.

Uebersicht die diesjährige Getreidernte in Argentinien und die Ausfuhrmöglichkeiten im Vergleich zu den früheren Jahren hat die bekannte Getreidefirma Wm. Hüller u. Co., Buenos Aires, Rotterdam folgende Zusammenstellung gegeben:

Table with 3 columns: Weizen, Ernte Tonnen, Ausfuhr Tonnen. Rows for years 1911-1912, 1912-1913, 1913-1914, 1914-1915, 1915-1916, 1916-1917.

Zum Eigenverbrauch und zur Ausfuhr hat also Argentinien jährlich 2-2,500 000 Tonnen nötig. Ein nennenswerter Ueberschuß, der für die Ausfuhr frei wäre, ist demnach von der diesjährigen Ernte nicht übrig geblieben...

Table with 3 columns: Mais, Ernte Tonnen, Ausfuhr Tonnen. Rows for years 1911-1912, 1912-1913, 1913-1914, 1914-1915, 1915-1916, 1916-1917.

Im Mais braucht Argentinien zum eigenen Verbrauch und zur Ausfuhr jährlich rund eine Million Tonnen. In diesem Jahre soll der Bedarf wegen der großen Trockenheit und des dadurch verursachten Ausfalls an anderen Futtermitteln 1 1/2 Millionen Tonnen betragen...

Werktätigkeitsbewegung.

Im Baugewerbe sind Zwistigkeiten und sogar Arbeitseinstellungen eingetreten, weil die Bauunternehmer nicht überall die zugesicherten Steuerzuschläge zur Auszahlung bringen. Das hängt damit zusammen, daß die dadurch verursachten Mehrausgaben den Unternehmern nur dann vergütet werden...

Aus dem Gerichtssaal.

116 Verurteilungen in Steintin. Das Gericht des Kriegszustandes hat nunmehr die Anklagen wegen der Ausschreitungen im wesentlichen erledigt; nur einzelne veritagte Fälle bleiben noch zu entscheiden. Ingesamt waren 220 Personen angeklagt...

Aus Nah und Fern.

Ausschiebung der künftigen Kohlenfelder von Dresden. Die Statistiker des Dresdener bewilligten eine Million Mark zur Ausschließung der Kohlenfelder im Schönewald-Bergdorf in der Lausitz. Auch wurde der Rat ersucht, noch weitere Mittel zur Anschaffung von Eisenbahnmaterialein zwecks Heranschaffung der Kohlen von Bergdorf nach Dresden bereitzustellen...

Edelstein in Mittelitalien. Nach römischen Blättern fanden in den letzten Tagen in Mittelitalien wieder zahlreiche größere Erdbeben statt, deren Zentrum in der Gegend von Nieti liegen dürfte. Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwach. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Anlagen gegen Stockholm.

Zwei in Stockholm anwesende Irlander, Georges Chatterton Hill und John Giffney, die die Sache ihres Landes bei der Stockholmer Konferenz vertreten wollen, veröffentlichen in 'Svenska Dagbladet' eine ausführliche Erklärung gegen diese Konferenz, da diese zugunsten der Interessen der Entente entschieden sei.